

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte
zum Haushalt 2017

**Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden,
insgesamt abgestimmt.**

**Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der
Ausschussempfehlung an.**

Abstimmungsergebnis: 11 / 0 / 2

Antrag der CDU-Fraktion - Nr. 036

Teilhaushalt: FB 20
Produkt: 1.11.1165.21

Neues PPP-Projekt zur Sanierung unserer Schulen

„Die Verwaltung wird gebeten, die Voraussetzungen für ein neues PPP-Projekt zu schaffen, um auf diese Weise etwa zehn zusätzliche Schulen sanieren zu können. Diese Anzahl sollte nicht unterschritten werden, damit das vorgesehene Paket eine nach allgemeinen Erfahrungen für PPP-Projekte sinnvolle Größe hat.“

Dementsprechend sollte die Verwaltung zeitnah prüfen, ob durch die verstärkte Nutzung von PPP-Modellen die Sanierung städtischer Schulen und Kitas mit den in der Hochbauverwaltung vorhandenen Ressourcen beschleunigt werden kann.“

Begründung:

Im Rat besteht Einvernehmen darüber, dass es nach wie vor einen großen Sanierungsstau bei unseren Schulen gibt. In den letzten Jahren sind zwar mehr als 250 Millionen Euro investiert worden, dennoch ist der Bedarf nach zusätzlichen Sanierungen - auch aufgrund sich stetig verschärfender rechtlicher Bestimmungen - weiterhin groß.

Es bedarf also einer alternativen Möglichkeit zur fachgerechten Sanierung unserer Schulen und hierbei bieten sich auch Realisierungen über PPP-Projekte an. Besonders hervorzuheben ist hierbei, dass besonders die Termintreue sowie die nach Auskunft aller Beteiligten inhaltlich gute Arbeit in dem bereits laufenden PPP-Projekt dazu beigetragen haben, dass es zum Erfolg wurde.

Da das im Jahr 2011 beschlossene erste Braunschweiger PPP-Projekt ausweislich der Zufriedenheit der Schulen (Lehrer, Schüler und Eltern), des örtlichen Handwerks und der Ratsgremien als Erfolg gewertet werden kann, sollte dieser Weg der Aufgabenerledigung stets in die Aufgabenbetrachtung mit einfließen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 20.12.2016	6	3	0	X	
FPA am 31.01.2017	7	5	1	X	

Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Nr. 037

Teilhaushalt: FB 20
Produkt: 1.53.5350.01

Maßnahme 1 (S.397) anders formulieren

„neu Maßnahme: Neuvergabe der Energienetz-Konzessionen ab 01.01.2021

Wirkung: Die Stadt hat die Energienetz-Konzessionen neu zu vergeben. Die Auswahl des Netzbetreibers hat in einem transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren zu erfolgen, bei der Auswahl ist die Stadt den Zielen des § 1 EnWG verpflichtet ist. Dabei ist der Schwerpunkt auf eine Vergabe der Konzessionen entweder an ein städtisches Unternehmen oder an ein zu gründendes Unternehmen kommunaler Gebietskörperschaften der Braunschweiger Region zu legen. Dazu wird die Verwaltung gebeten, in 2017 ein entsprechendes Konzept zu erstellen. Dieses Konzept ist dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Aufgrund der Komplexität des Verfahrens ist juristische, betriebswirtschaftliche und technische Beratung erforderlich.

Zielerreichung: Neuvergabe der Netzkonzessionen im Sinne der in § 1 EnWG genannten bestmöglichen Weise mit der klaren Zielrichtung des Einstieges in eine Rekommunalisierung des Energiesektors.

alt Maßnahme: Neuvergabe der Energienetz-Konzessionen ab 01.01.2021

Wirkung: Die Stadt hat die Energienetz-Konzessionen neu zu vergeben. Die Auswahl des Netzbetreibers hat in einem transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren zu erfolgen, bei der Auswahl ist die Stadt den Zielen des § 1 EnWG verpflichtet ist. Aufgrund der Komplexität des Verfahrens ist juristische, betriebswirtschaftliche und technische Beratung erforderlich.

Zielerreichung: Neuvergabe der Netzkonzessionen im Sinne der in § 1 EnWG genannten bestmöglichen Weise“

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 31.01.2017	2	9	2		X

Stellungnahme der Verwaltung:

Hierzu verweise ich auf die Vorlage Drucksache 17-03619 zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 31. Januar 2017.

Ein Grundsatzbeschluss soll im November 2017 erfolgen.

Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Nr. 038

Teilhaushalt: FB 50
Produkt: 1.31.3470.10

BuT Anträge immer beilegen

„Die Verwaltung wird gebeten:

1. Bei sämtlichen Formularen und Bescheiden nach SGB, Asylbewerberleistungsge-setz, Wohngeld und/oder Kindergeldzuschlag, immer einen Antrag auf BuT-Leistungen mit einer entsprechenden Erläuterung, hinzuzufügen.
2. In die Trägerversammlung des Jobcenters Braunschweig einen entsprechenden Vor-schlag einzubringen.
3. Falls nötig, zusätzliches Personal für diese Aufgabe einzustellen.“

Begründung:

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) soll für Leistungsberechtigte und Geringverdie-ner die Teilhabe am öffentlichen Leben verbessert werden. In der Praxis findet dies in zu geringem Umfang statt. Dies u.a. deshalb, weil Unkenntnis über den Leistungsanspruch be-steht und die Antragstellung in der derzeitigen Form eine große bürokratische Hürde dar-stellt.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 14.12.2016	10	0	1	X	
FPA am 31.01.2017				X	

Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Nr. 039

Teilhaushalt: FB 50

Produkt: diverse

Strategische Ziele FB 50 verändern

„neu:

1. Beibehaltung und Ausweitung der Aktivitäten für alle Langzeitarbeitslosen, insbesondere für junge Menschen sowie eine angemessene Bereitstellung von kommunalen Eingliederungsleistungen, z. B. psychosoziale Betreuung
2. wie im Entwurf
3. Schaffung einer bedarfsgerechten Wohnsituation für benachteiligte Personengruppen, Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Erreichung einer kurzen Verweildauer in den Wohnungslosenunterkünften; dezentrale Unterbringung aller Wohnungslosen bis Ende 2017
4. Verbesserung der Teilhabe am öffentlichen Leben durch die weitere Ausstattung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden sowie die Ausstattung der Begegnungsstätten
5. wie im Entwurf

alt:

1. Beibehaltung der Aktivitäten für alle Langzeitarbeitslosen, insbesondere für junge Menschen sowie eine angemessene Bereitstellung von kommunalen Eingliederungsleistungen, z. B. psychosoziale Betreuung
2. siehe Entwurf
3. Schaffung einer bedarfsgerechten Wohnsituation für benachteiligte Personengruppen, Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Erreichung einer kurzen Verweildauer in den Wohnungslosenunterkünften; möglichst dezentrale Unterbringung
4. Verbesserung der Teilhabe am öffentlichen Leben durch die weitere Einrichtung behindertengerechter Zugänge und Personenaufzüge in öffentlichen Gebäuden sowie die Ausstattung der Begegnungsstätten
5. siehe Entwurf“

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit angenommen	
	dafür	dagegen	Enth.		abgelehnt
AfSG am 14.12.2016					
zu Ziffer 1	7	4	0	X	
zu Ziffer 3	2	8	1		X
zu Ziffer 4	7	4	0	X	
FPA am 31.01.2017					
zu Ziffer 1				X	
zu Ziffer 3					X
zu Ziffer 4				X	

Antrag der BIBS-Fraktion - Nr. 040

Teilhaushalt: FB 66

Prüfauftrag "autofreie Innenstadt"

„Die Verwaltung prüft die Einrichtung einer autofreien Zone innerhalb des Ringes in Braunschweig unter folgenden Gesichtspunkten: Einrichtung von Park and Ride Stationen an den Hauptverkehrswegen (u.a. Hamburger Straße, B1 Richtung Celler Straße, B1 Richtung Hauptfriedhof, Berliner Straße), Bereitstellung von Leihfahrrädern, Verbote bzw. Ausnahmeregelungen für Autos und LKW.“

Begründung:

Die erhöhten Feinstaubwerte in großen Städten wie Braunschweig sowie das hohe Verkehrsaufkommen und die angespannte Parkplatzsituation zu Stoßzeiten sollen zum Wohle der Bürger sowie der Besucher der Stadt verbessert werden. Auf diese Weise könnte die Braunschweiger Innenstadt weiter an Attraktivität gewinnen. Vor allem die Gastronomie würde von der ruhigeren Atmosphäre profitieren, da die Menschen auch zum entspannten Ausklingen eines Einkaufsbummels länger verweilen würden. Autofreie Zonen gibt es bereits in bekannten und viel besuchten Städten wie Freiburg im Breisgau und Wien. Umfragen zufolge ist die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger dort seit Einführung der Autofreien Viertel gestiegen.

Selbstverständlich muss die bequeme Erreichbarkeit der Innenstadt und auch für Besucher aus der Region und von Außerhalb weiterhin gegeben sein. Durch das Einrichten weiterer Park and Ride Stationen kann dies erreicht werden. Hierbei ist es wichtig, dass die Frequenz der Shuttle Busse hoch ist (je nach Uhrzeit alle 5-15 Minuten) und die Gebühr für das Parken sowie das Nutzen der Busse gering ist. Das zusätzliche Bereitstellen von Leihfahrräder, wie es in vielen Niederländischen Städten, aber auch in deutschen Großstädten wie Hamburg bereits praktiziert wird, wäre je nach Stadtnähe der Park and Ride Station eine sinnvolle Ergänzung.

Ausnahmen von dem Autofahrverbot innerhalb des Ringes für Anwohner, Zulieferer sowie ggf. auch für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen sollten eingerichtet werden. Es ist zu überlegen, ob auch Taxen eine Sondergenehmigung zum Befahren der Innenstadt erhalten sollten. Nach einer angemessenen Übergangsfrist könnten Sondergenehmigungen für diese Gruppen längerfristig an die Nutzung eines Elektrofahrzeuges gekoppelt werden.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 20.12.2016	5	4	0	X	
FPA am 31.01.2017	5	8	0		X

Antrag der CDU-Fraktion - Nr. 041

Teilhaushalt: alle
Produkt: diverse

Politische Schwerpunktsetzung bei vorsorgeorientierter Haushaltspolitik

„Als Kompensation für ergebniswirksame Haushaltsanträge werden für jeden Euro, der zusätzlich durch Anträge der Ratsfraktionen in den Ergebnishaushalt eingestellt wird, zwei Euro aus den ergebniswirksamen Haushaltsansätzen gestrichen.“

Begründung:

Nach einer mehrmonatigen Debatte, welche im Frühjahr mit den Haushaltsberatungen ihren Ausgang nahm, wurde im Juni mit breiter Mehrheit ein Ratsbeschluss gefasst, welcher den stufenweisen Abbau des strukturellen Defizits im städtischen Haushalt vorsieht. Dies wurde seitens der Verwaltung mit rund 15 Millionen Euro beziffert, im aktuellen Entwurf des Haushaltplanes geht man für das kommende Jahr sogar von einem Defizit von rund 30 Millionen Euro aus.

Es bedarf also einer erheblichen Anstrengung, um die strukturelle Lücke im Ergebnishaushalt der Stadt zu schließen. Die Verwaltung hat dabei einen zurückhaltenden, wenn auch respektablen Vorschlag gemacht: im Finanzplanungszeitraum bis 2020 soll jedes Jahr eine zusätzliche Million strukturelle Verbesserung erwirtschaftet werden. Übergangsweise soll in 2017 mit der sogenannten Rasenmäher-Methode gearbeitet werden. Ab dem Haushalt 2018 soll auf den Ergebnissen einer systematischen Überprüfung der Aufgaben und Standards aufgesetzt werden, welche weitere Einsparpotenziale aufzeigen soll.

Es besteht jedoch trotz des strukturellen Defizits die Notwendigkeit, gezielt politische Schwerpunkte setzen zu können. Die CDU-Fraktion hält es für sinnvoll und möglich, auf die vorgeschlagene Weise den Spagat zwischen Ausgabendisziplin und politischen Prioritätssetzungen zu schaffen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 14.12.2016				ohne Beschlussempfehlung passieren lassen	
AfKW am 16.12.2016				ohne Beschlussempfehlung passieren lassen	

Der Antrag wurde vor den Beratungen im FPA von der CDU-Fraktion angepasst:

„Als Kompensation für ergebniswirksame Haushaltsanträge wird für jeden Euro, der zusätzlich durch Anträge der Ratsfraktionen in den Ergebnishaushalt eingestellt wird, ein Euro aus den ergebniswirksamen Haushaltsansätzen gestrichen.“

Die Verwaltung wird gebeten, bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21. Februar 2017 darzulegen, wie die Einsparungen erreicht werden sollen.“

FPA am 31.01.2017	8	5	0	X	
-------------------	---	---	---	---	--

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach den Haushaltsberatungen im Finanz- und Personalausschuss ergibt sich für die zur Annahme empfohlenen ergebniswirksamen Anträge der Ratsfraktionen folgendes Bild:

	2017	2018	2019	2020
Aktuelle Ergebnisbelastung (nach FPA)	772.800 €	569.800 €	534.800 €	389.800 €

Diese Beträge wären somit gemäß dem CDU-Antrag zu kompensieren.

In der Begründung zu dem Antrag wird auf die von der Verwaltung verwendete Rasenmäher-Methode zur Einsparung von 1 Mio. Euro für das Jahr 2017 im Haushaltsplanentwurf Bezug genommen. Insofern wird aus Sicht der Verwaltung vorgeschlagen, nach demselben Prinzip zu verfahren (vgl. Schreiben zum Versand des Haushaltsplanentwurfs 2017 vom 21. Oktober 2016, Beantwortung der Anfrage Nr. A 035 zum Haushalt 2017).

Die Verteilung der Einsparbeträge in den verschiedenen Planjahren erfolgt anteilig nach dem Zuschussbedarf der jeweiligen Fachbereiche und Referate im Haushalt 2016. Die Einsparung wird dabei durch eine Reduzierung der Aufwandsbudgets vorgenommen. Aufgrund der gegenseitigen Deckungsfähigkeit dieser Ansätze kann jeder Fachbereich und jedes Referat - unter Berücksichtigung tatsächlicher Gegebenheiten und Erfordernisse - in der Bewirtschaftung flexibel entscheiden, an welcher Stelle die Einsparung letztlich erbracht wird.

Die folgende Übersicht zeigt die nach dem oben geschilderten Verfahren ermittelten Beträge je Teilhaushalt bzw. Dezernat.

	Zuschuss- bedarf in EUR (Ansatz 2016)	Einsparbetrag in EUR			
		2017	2018	2019	2020
Dezernat I	7.942.259,68	-13.400	-9.900	-9.300	-6.800
Politische Gremien	2.072.760,00	-3.500	-2.600	-2.400	-1.800
Verwaltungsführung	1.612.280,00	-2.700	-2.000	-1.900	-1.400
Ref. 0150	246.885,04	-400	-300	-300	-200
FB 01	4.010.334,64	-6.800	-5.000	-4.700	-3.400
Dezernat II	52.372.893,87	-89.200	-65.600	-61.700	-44.800
Personalvertretung	980.399,00	-1.700	-1.200	-1.200	-800
Ref. 0140	1.279.377,84	-2.200	-1.600	-1.500	-1.100
FB 10	20.326.331,38	-34.600	-25.500	-23.900	-17.400
FB 32	7.270.611,40	-12.400	-9.100	-8.600	-6.200
FB 37	22.516.174,25	-38.300	-28.200	-26.500	-19.300

	Zuschuss- bedarf in EUR (Ansatz 2016)	Einsparbetrag in EUR			
		2017	2018	2019	2020
Dezernat III	49.065.602,48	-83.500	-61.500	-57.800	-42.100
Ref. 0120	1.980.533,20	-3.400	-2.500	-2.300	-1.700
Ref. 0600	818.298,08	-1.400	-1.000	-1.000	-700
Ref. 0610	525.693,28	-900	-700	-600	-500
FB 60	1.686.965,98	-2.900	-2.100	-2.000	-1.400
FB 61	16.197.173,97	-27.500	-20.300	-19.100	-13.900
FB 66	27.856.937,97	-47.400	-34.900	-32.800	-23.900
Dezernat IV	26.783.373,88	-45.600	-33.600	-31.500	-23.000
Kultur und Wissenschaft	26.783.373,88	-45.600	-33.600	-31.500	-23.000
Dezernat V	254.995.002,05	-433.600	-319.900	-300.000	-218.800
FB 40	56.718.805,64	-96.500	-71.100	-66.800	-48.700
Ref. 0500	989.085,00	-1.700	-1.200	-1.200	-800
FB 50	82.674.752,75	-140.600	-103.800	-97.200	-70.900
FB 51	114.612.358,66	-194.800	-143.800	-134.800	-98.400
Dezernat VI	894.448,00	-1.500	-1.100	-1.100	-800
Stst. 0800	894.448,00	-1.500	-1.100	-1.100	-800
Dezernat VII (o. allg. FinW)	62.339.346,79	-106.000	-78.200	-73.400	-53.500
FB 20	40.521.052,00	-68.900	-50.800	-47.700	-34.800
FB 67	21.818.294,79	-37.100	-27.400	-25.700	-18.700
Summe	454.392.926,75	-772.800	-569.800	-534.800	-389.800

Antrag der Gruppe DIE FRAKTION P² - Nr. 042

Teilhaushalt: alle

Produkt: diverse

Kennzahlenangabe mit 3 Ist-Werten

„Die Angabe von Kennzahlen wird ab dem Haushalt 2018 mit drei Ist-Werten erfolgen -sofern diese vorhanden sind.“

Begründung:

Andernfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 14.12.2016	6	4	1	X	
AfKW am 16.12.2016	5	0	6	X	

Der Antrag wurde im FPA umformuliert und wie folgt abgestimmt:

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Angabe von Kennzahlen ab dem Haushalt 2018 mit drei Ist-Werten erfolgen kann.“

FPA am 31.01.2017	12	1	0	X	
-------------------	----	---	---	---	--

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Nr. 093

Teilhaushalt: FB 20

Produkt: diverse

Beschleunigung der Gebäudesanierung

„Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, inwieweit die verstärkte Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmen im Bereich der Gebäudesanierung zur schnelleren Erledigung der notwendigen Bauaufgaben führt.“

Die Verwaltung wird gebeten, in 2017 beispielhaft zwei große Sanierungsprojekte als GU-Projekte auszuschreiben.“

Begründung:

Die Sanierung der städtischen Gebäude in Braunschweig ist eine sehr große und umfangreiche Aufgabe. Das gilt insbesondere für die Schulgebäude. Viele Gebäude sind in einem Zustand, der für Schüler/innen und Lehrer/innen nicht mehr zumutbar ist. In etlichen Gebäuden drohen von den bestehenden Baumängeln sogar echte Gefahren (s. GS Comeniusstraße). Wenn die Sanierung der Gebäude nicht schneller abgewickelt wird als bisher, werden manche Gebäude in einigen Jahren gar nicht mehr mit einem vertretbaren Aufwand zu sanieren sein, sondern schlicht abgerissen und neu gebaut werden müssen. Deshalb muss die Stadt alles tun, um die Abwicklung der erforderlichen Baumaßnahmen zu beschleunigen.

Eine Möglichkeit dazu kann die Vergabe an Generalunternehmer sein, die mit größerer Flexibilität, besseren Möglichkeiten zu Baukoordination und weniger bürokratischen Zwängen arbeiten können als die Bauverwaltung der Stadt. Angesichts der immer noch steigenden Haushaltsreste liegt das Problem offensichtlich nicht in der Bereitstellung von Finanzmitteln, sondern in den begrenzten Kapazitäten des Fachbereichs 65 Hochbau. Es ist davon auszugehen, dass der Fachbereich durch die Vergabe an Generalunternehmen gegenüber der derzeitigen Praxis der Vergabe mehrerer kleinerer Gewerke an Einzelunternehmen entlastet werden kann. Dies soll probeweise an zwei großen Sanierungsprojekten durchgeführt werden.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA am 20.12.2016	9	0	0	X	
FPA am 31.01.2017				X	

Antrag der BIBS-Fraktion - Nr. 119

Teilhaushalt: Politische Gremien

Aktualisierung der Budgets für Stadtbezirksräte

„Die Verwaltung wird gebeten, eine Aktualisierung der Stadtbezirksrats-Budgets auf der Grundlage der neuesten vorliegenden Daten vorzunehmen und den Gremien im Anschluss einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.“

Begründung:

Die im Haushalt aufgeführten Bezirksmittel für alle Stadtbezirke sind auf eine nicht mehr vorhandene, alte Berechnung zurückzuführen. In diesem Zeitraum von mindestens 20 Jahren haben sich alle anfallenden Kosten erhöht.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 31.01.2017	1	9	3		X

Antrag der BIBS-Fraktion - Nr. 120

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft

Denkmal "Grauer Bus"

„Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Umsetzung der von den Künstlern des "Grauen Busses" eingereichten Vorschläge zur Errichtung eines dauerhaften Denkmals in Erinnerung an die so genannten "Euthanasie"-Opfer im Dritten Reich und legt es den Gremien zur Beschlussfassung vor.“

Begründung:

2015 gastierte das mobile Denkmal für die "Euthanasie"-Opfer des Nationalsozialismus auf dem Vorplatz des ECE-Einkaufszentrums (vor dem Eingang zum Kulturinstitut). Im Anschluss an die Gedenkfeierlichkeiten regten die Künstler an, ein dauerhaftes Denkmal auch in Braunschweig zu errichten und präsentierten der Verwaltung mehrere mögliche Realisierungsvarianten. Diese Vorschläge sollen nun aufgearbeitet, geprüft und eine Variante den Gremien zum Beschluss vorgelegt werden.

Ausschussempfehlung:

Vor der Abstimmung in der Sitzung des AfKW am 16.12.2016 wurde der Beschlussvorschlag wie folgt geändert:

„Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Errichtung einer dauerhaften Form der Erinnerung an die so genannten „Euthanasie“-Opfer im Dritten Reich und legt es den Gremien zu gegebener Zeit zur Beschlussfassung vor.“

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW am 16.12.2016	7	1	3	X	
FPA am 31.01.2017				X	

Antrag der BIBS-Fraktion - Nr. 126 neu

Teilhaushalt: FB 61

Biodiversitäts-Strategie für Braunschweig

„Die Verwaltung erarbeitet im Jahresverlauf 2017 eine Biodiversitätsstrategie und legt sie den Gremien zu Beschlussfassung vor.“

Begründung:

Durch die Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" vom 22. Mai 2010 ist ein bundesweiter Prozess in Gang gesetzt worden, in dem die europäischen und nationalen Bestrebungen, die heimische Biodiversität zu erhalten bzw. zu fördern, auf die wichtigste und wirksamste Handlungsebene - nämlich den kommunalen Entscheidungsraum - bezogen werden. Der Rat der Stadt Braunschweig hat sich dieser Deklaration im Februar 2012 angeschlossen (z.Z. von mehr als 250 Kommunen unterzeichnet). Dem nationalen Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt" hat sich die Stadt Braunschweig in 2013 angeschlossen (z.Z. 115 Kommunen als Mitglieder). Einige Kommunen sind nun den nächsten, folgerichtigen Schritt gegangen, und haben die allgemeine Zielsetzung in ein mittel- und langfristiges Handlungskonzept überführt ("Biodiversitätsstrategie" oder ähnlich genannt; Handlungszeitraum 5-20 Jahre). Zu diesen zehn Kommunen gehören Berlin und Hannover, aber auch Gütersloh und Ingolstadt. [www.kommbio.de/themen/biodiversitaetsstrategien/kommunen/]

Für die Aufstellung einer solchen Biodiversitätsstrategie gibt es keine festen Richtlinien, jedoch einen informativen Werkstattbericht, für den auch das BfN (Bundesamt für Naturschutz) als Herausgeber zeichnet. Die Erarbeitungen der Stadtverwaltungen Gütersloh und Hannover haben einen Umfang von 50-70 Seiten. Sie gehen - und das ist hierbei die Absicht - durch ihre Vernetzung verschiedener Handlungsbereiche weit über die bisherigen Detailpläne, wie etwa einzelne Artenschutzkonzepte o.ä., hinaus. Vorgeschlagen wird für Braunschweig, dass unter Federführung der Abteilung Umwelt verschiedene weitere relevante Abteilungen bzw. Fachbereiche mit ihrer Praxis und Sachkenntnis beigezogen werden. Zu nennen wären dabei vor allem der FB Stadtgrün, ferner insbesondere die Abteilungen für Stadtplanung, für Hoch- und Tiefbau und Verkehr und das Liegenschaftsamt (Verfügung über städtische Besitzflächen).

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis dafür	dagegen	Enth.	Antrag somit angenommen	abgelehnt
PIUA am 14.12.2016					Erledigt
FPA am 31.01.2017					

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung ist derzeit schon mit den Vorarbeiten zur Erstellung einer Biodiversitätsstrategie für Braunschweig befasst. Im Rahmen des am 21.06.2016 einstimmig vom Rat beschlossenen Zukunftsbildes für Braunschweig (ISEK-Prozess) ist bereits der Handlungsauftrag ergangen, die Biodiversität zu stärken.

Antrag des Stadtbezirksrates 211 – Stöckheim-Leiferde

Teilhaushalte: FB 10, FB 20

Gemeinschaftshaus Stöckheim

„Es wird beantragt, dass in Stöckheim wieder ein Gemeinschaftshaus bzw. Räumlichkeiten als Treffpunkt und Begegnungsstätte zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung soll prüfen, ob vorhandene Räumlichkeiten zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden können.“

Begründung:

Derzeit gibt es kein öffentlich zugängliches Gemeinschaftshaus bzw. Räumlichkeiten, so dass es schwierig ist, Räumlichkeiten für ehrenamtliche Aktivitäten zu finden bzw. diese kostenpflichtig angemietet werden müssen. Damit ehrenamtliche Arbeit für Jung und Alt in unserem Stadtbezirk weiterbestehen und ausgebaut werden kann, auch zur Integration geflüchteter Menschen, sind entsprechende Räumlichkeiten dringend notwendig.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 31.01.2017	2	9	2		X

Antrag des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet

Teilhaushalt: FB 67

Fitness-Parcours

„Die Verwaltung legt dem Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet bis Mitte 2017 die Planung für einen Fitness-Parcours im Prinzenpark/ am Nußberg vor (Vorbilder könnten die Fitnessgeräte im Westpark sein).“

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 31.01.2017				Erledigt durch Annahme des CDU-Antrags FWI 088 (10 / 0 / 2)	

Antrag des Stadtbezirksrates 211 – Stöckheim-Leiferde

Teilhaushalt: FB 67

Wilhelm-Hauff-Weg

„Es wird beantragt, dass die Verwaltung Vorschläge macht, wie der Wilhelm-Hauff-Weg winterfest gemacht werden kann. Die Verwaltung wird auch aufgefordert, Möglichkeiten zu prüfen, diesen Weg nicht weiter als Überfahrtsweg durch eigene Fahrzeuge zu nutzen.“

Begründung:

Durch den derzeitigen Zustand des Wilhelm-Hauff-Weges ist ein sicheres Begehen bei Eis und Schnee nicht möglich.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA am 31.01.2017	0	9	3		X

Anlage 2 zur Niederschrift

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017		2018		2019			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

1	Steuern und ähnliche Abgaben		349.505.000									
---	------------------------------	--	-------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--

043	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	DIE LINKE. FPA	Kulturförderabgabe einführen Es soll eine Kulturförderabgabe nach dem Vorbild der Stadt Köln - örtliche Aufwandssteuer bei entgeltlicher Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb in Höhe von 5% des vom Gast aufgewendeten Betrages - erhoben werden.		+ 380.200	+ 344.500	+ 388.400	+ 388.400	dauerh.	303910 Sonstige örtliche Steuern Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. abgelehnt 2 / 10 / 1
-----	--------------	---	-----------------------	---	--	-----------	-----------	-----------	-----------	---------	---

Teilhaushalt Politische Gremien

19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		2.110.300									
----	-----------------------------------	--	-----------	--	--	--	--	--	--	--	--	--

SBR	000-2114	Stadtbezirk 114	SBR 114 FPA	Erhöhung des Bezirksratsbudgets um 50% Der Stadtbezirksrat 114 beantragt, das ihm zur Verfügung stehende Bezirksratsbudget in Höhe von 15.400,00 € um 50 % zu erhöhen, d. h. in Summe auf 23.100,00 €. Die im Haushalt aufgeführt Bezirksmittel für alle Stadtbezirke sind auf eine nicht mehr vorhandene, alte Berechnung zurückzuführen. In diesem Zeitraum von mindestens 20 Jahren haben sich alle anfallenden Kosten erhöht.		+ 7.700	+ 7.700	+ 7.700	+ 7.700	dauerh.	449140 Aufwendungen Stadtbezirksräte abgelehnt 0 / 10 / 3
-----	----------	-----------------	--------------------	--	--	---------	---------	---------	---------	---------	---

Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste

15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.033.700									
----	---	--	-----------	--	--	--	--	--	--	--	--	--

SBR	1.11.1153.03	Städtische Veröffentlichungen	SBR 310 FPA	Wiederauflage des Handbuchs und Fernsprechverzeichnisses Zur Wiederauflage des Handbuchs und Fernsprechverzeichnisses der Stadtverwaltung Braunschweig 2017 sind Kosten i. H. v. 5.000 € in den Haushalt einzuplanen.		+ 5.000	0	0	0	einmalig	427180 Veröffentlichungen Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013 wurde beschlossen, das Handbuch und Fernsprechverzeichnis (HuF) wieder in gedruckter Form herauszugeben, nachdem es zuvor für einen Zeitraum von zwei Jahren nur für den internen Gebrauch elektronisch bereitgestellt wurde. Nach vorhergehender beschränkter Ausschreibung, wurde im September 2013 ein entsprechender Auftrag an die Firma hm medien vergeben. Seither wurden bereits drei Ausgaben des HuF in gedruckter Form herausgegeben. Die aktuelle Version befindet sich in der Endphase der Redaktion und wird voraussichtlich Ende Januar 2017 erscheinen. erledigt
-----	--------------	-------------------------------	--------------------	--	--	---------	---	---	---	----------	--

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017	Erträge	Aufwendungen	2018	Erträge	Aufwendungen		
	18	Transferaufwendungen		216.900									
128 neu	1.11.1145.01	Allg. Service- / Steuerungsunterstützung	BIBS FPA	Zuschuss für die Freiwilligenagentur Braunschweig Die Freiwilligenagentur Braunschweig benötigt einen Ausgleich der zusätzlichen Kosten, die der Agentur für die integrative Geflüchtetenhilfe entsteht.		+ 14.000			+ 14.000		+ 14.000		3 Jahre abgelehnt 3 / 9 / 1

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

	6	Privatechtliche Entgelte		7.334.500										
044	1.11.1165.21	Verw. städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	AfD AfKW FPA	Verdeckter Zuschuss Brunsvig Der Rat der Stadt möge beschließen, die nachfolgend genannten Institutionen im kommenden Haushaltjahr nicht mehr mit verdeckten Zuschüssen in Höhe von € 116.100,- zu subventionieren. Es wird der Antrag gestellt, diesen dauerhaften verdeckten Zuschuss entsprechend der Wirtschaftlichkeitsbedingungen um mindestens 10% zu senken. Das Gemeinschaftshaus Brunsvig erhält - geplant - einen verdeckten Zuschuss (Verzicht oder Teilverzicht auf erzielbaren Erbbauzins) in Höhe von 116.100,- € p.a. zusätzlich zu den geplanten € 303.800,- pro Jahr.		+ 11.600			+ 11.600		+ 11.600		+ 11.600	dauerh. abgelehnt 1 / 9 / 0 abgelehnt **)
073	1.11.1165.21	Verw. städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	AfD SpA FPA	Verdeckter Zuschuss BTHC e.V. Der Rat der Stadt möge beschließen, die verdeckten Zuschüsse für nachfolgend genannte Institution BTHC e.V. im kommenden Haushaltjahr entsprechend der Haushaltsslage der Stadt Braunschweig anzupassen.	*)		*)		*)		*)		dauerh. abgelehnt 1 / 10 / 0 abgelehnt **)	
094	1.11.1165.21	Verw. städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	SPD AfKW FPA	Radio Okerwelle - Mieterlass Radio Okerwelle wird damit dem Bürgerfernsehen TV 38, das für den TV-Bereich ebenfalls eine Lizenz nach dem NLM besitzt, gleichgestellt.	- 11.800		- 11.800		- 11.800		- 11.800		dauerh. angenommen 5 / 0 / 6 angenommen **)	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen				
				bisher	neu	2017		2018		2019					
	18	Transferaufwendungen		33.305.000											
095	1.11.1167.01	Gebäudemanagement	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Instandsetzung von Gebäuden Die im Haushaltplan 2017 eingestellten Mittel für die Instandsetzung der Gebäude werden um 1 Mio. € erhöht. In der mittelfristigen Finanzplanung sind diese Summen auch für die Folgejahre vorzusehen. Der Zustand zahlreicher städtischer Gebäude ist unbefriedigend. Augenscheinlich ist es zurzeit vielfach nicht möglich, kleinere Reparaturen und Instandsetzungsmaßnahmen schnell durchzuführen. Das Unterlassen der notwendigen Instandsetzung führt jedoch unweigerlich zu weiterem Sanierungsbedarf an den Gebäuden, der wiederum mehr Kosten erzeugt als die kurzfristige Instandsetzung. Deshalb soll der Ansatz für diese Maßnahmen erhöht werden.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
						+ 1.000.000		+ 1.000.000		+ 1.000.000		+ 1.000.000			Der Antrag wurde zurückgezogen.
106	1.11.1167.01	Gebäudemanagement	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Verwendung der Kita-Entgelte zur Qualitätsverbesserung Die Mehreinnahmen durch die Wiedereinführung der Kindertagesstätten-Entgelte zum August 2016 werden ausschließlich zur inhaltlichen Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung verwendet, also nicht für bauliche Maßnahmen wie Kita-Sanierungen, -Neubauten oder Erweiterungsbauten. Bis zum 3. Quartal 2017 wird mit der AG 78 des Jugendhilfeausschusses ein Umsetzungsplan für die Verwendung etwaiger Überschüsse in 2017 und für die erwarteten Gelder in 2018 erarbeitet. Im Vierbericht des Haushaltplan-Entwurfs (s. S. 131 / 132) ist zu lesen, dass die Verwaltung aufgrund der von der Politik beschlossenen Übergangsregelung für 2017 lediglich mit Mehreinnahmen von 0,93 Mio. € aus den wieder eingeführten Kita-Entgelten rechnet. Ein Drittel dieser Summe will die Verwaltung nun für „bauliche Qualitätsverbesserungen“ verwenden. Wir gehen davon aus, dass diese Aufteilung nach Auffassung der Verwaltung auch in den Folgejahren greifen soll. In der kontroversen Debatte um die Kita-Entgelte wurde aber der Ratsbeschluss, die Mehreinnahmen aus den Kita-Entgelten ausschließlich für pädagogische Qualitätsverbesserungen zu verwenden, von allen Beteiligten als Verbesserung der inhaltlichen Betreuungsqualität verstanden. Dazu gehören ein verbesselter Betreuungsschlüssel, verbesserte Ausstattung und zusätzliche Räumlichkeiten. Dazu gehören nicht Sanierungen und An- oder Neubauten zur quantitativen Ausweitung von Betreuungsplätzen. Wir fühlen uns diesem Ratsbeschluss verpflichtet. Dieser Verpflichtung wollen wir mit unserem Haushaltsantrag entsprechen und nachkommen.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
			JHA			- 310.000		- 833.300		- 833.300		- 833.300			Anmerkung der Verwaltung: Bisher war ein zweckgebundener Verlusttausgleich an den FB 65 zugunsten der baulichen Qualitätsverbesserung der Kitas vorgesehen. Die Reduzierung der Aufwendungen aus dem Verlusttausgleich steht im Zusammenhang mit den im Antrag Nr. 106 dargestellten Erhöhungen im Bereich der Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung (s. auch Teilhaushalt FB 51 zu Antrag Nr. 106). Der Antrag ist somit haushaltsteuerlich. Bei Annahme des Antrags stehen keine Mittel für eine erweiterte Kita-Sanierung zur Verfügung.
			BA			- 310.000		- 833.300		- 833.300		- 833.300			angenommen 11 / 3 / 1
			FPA			- 310.000		- 833.300		- 833.300		- 833.300			angenommen 5 / 3 / 2
															Ergänzung der Anmerkung der Verwaltung: Bei Annahme des Antrags würde voraussichtlich keine entsprechend erweiterte Kita-Sanierung durchgeführt werden. Ohne Annahme des Antrags stünde für Kita-Sanierungen zusätzlich 310.000 € im Jahr 2017 sowie 833.000 € in den Jahren 2018 ff. zur Verfügung.
															angenommen **)
045	1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	DIE LINKE	Defizitausgleich Flughafen beenden Die kommunale Aufgabe besteht in der Organisation der Daseinsvorsorge. Die Finanzierung eines defizitären Flughafens gehört nicht zur Daseinsvorsorge. Außerdem sind auch nach EU-Recht alle Zuschüsse bis spätestens 2024 vollständig zu beenden.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
			FPA			- 1.332.700		- 1.332.700		- 1.332.700		- 1.332.700			abgelehnt 2 / 10 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen				
				bisher	neu	2017		2018		2019					
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
046	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderung-Gesellschaften	CDU	Tourismusförderung intensivieren Im Rahmen der Haushaltssolidierung im vergangenen Jahr musste die Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM) ihre Marketingbudgets im Bereich der touristischen Anlässe und für das Standortmarketing fast gänzlich streichen. Eine professionelle Begleitung von überregional wahrgenommenen Veranstaltungen, welches eigentlich Hauptaufgabe der BSM ist, ist mit der vorhandenen finanziellen Ausstattung nicht im erforderlichen Maße möglich. Gerade im Hinblick auf die zahlreichen touristischen und kulturellen Veranstaltungen im Reformationsjahr 2017 (u.a. Ausstellung im Braunschweigischen Landesmuseum) und im Sinne eines angemessenen Standortmarketings soll ab 2017 daher der Zuschuss an die BSM um 50.000 Euro jährlich erhöht werden. Mit den zusätzlichen finanziellen Mitteln kann die BSM dann eine zeitgemäße Tourismusförderung durchführen und u.a. die Vermarktung der weiter steigenden Bettenkapazitäten in der Stadt Braunschweig verbessern.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
			FPA			+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		angenommen 10 / 2 / 1	
						+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000			
109	1.57.5712.01	Wirtschaftsförderung-Gesellschaften	SPD	Magnifest Die Kosten für Sicherheitsauflagen für das Magnifest sind in der Vergangenheit so gestiegen, dass eine Fortsetzung dieser Veranstaltung für die Folgejahre nicht mehr sichergestellt werden kann. Da das Magnifest nicht nur als Stadtteilfest zu begreifen ist, sondern jedes Jahr zehntausende Besucherinnen und Besucher aus ganz Braunschweig und der Region anzieht, ist es ein bedeutender Werbeträger unserer Stadt. Mit der beantragten Fördersumme kann nach Aussage der Bürgerschaft und der Werbegemeinschaft das Fest erhalten bleiben.										dauerh.	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sonderrechnungen
			WA			+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		angenommen 6 / 0 / 4	
			FPA			+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		angenommen **)	
						+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000			

Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr

	18	Transferaufwendungen		23.600											
047	1.12.1260.21	Freiwillige Feuerwehr	CDU	Anhebung der Zuschüsse für die Freiwillige Feuerwehr Unsere 30 Freiwilligen Feuerwehren erhalten derzeit pro Mitglied in der Einsatzabteilung einmalig rund 16 € pro Jahr, für jedes Mitglied in der Jugendfeuerwehr knapp 9 € pro Jahr. Ein Zuschuss für die Kinderfeuerwehren gibt es derzeit nicht. Mit dem erhöhten Betrag sollen die Zuschüsse für jedes aktive Mitglied auf 25 € pro Jahr und für jedes Mitglied in der Jugendfeuerwehr auf 15 € pro Jahr erhöht werden. Für jedes Mitglied in der Kinderfeuerwehr sollen zukünftig 10 € pro Jahr an die jeweilige Freiwillige Feuerwehr fließen. Die Zuschüsse an die Freiwillige Feuerwehr wurden seit mehreren Jahren nicht mehr erhöht, dienen aber als Wertschätzung für die unbelzahlbare ehrenamtliche Arbeit zum Wohle aller Braunschweigerinnen und Braunschweiger. Dieser Antrag ist insofern konsequent, als zum einen die Sicherheit in unserer Stadt bereits vom Sparpaket 2002 ausgenommen war und zum anderen in den vergangenen Jahren enorm viel in die Feuerwehr investiert wurde. Zunächst in Fahrzeuge, Bekleidung und Ausrüstung. Und unlängst - auf Antrag der CDU-Ratsfraktion - durch den Neubau von Feuerwehrhäusern.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			FwA			+ 16.000		+ 16.000		+ 16.000		+ 16.000		angenommen 8 / 0 / 3	
			FPA			+ 16.000		+ 16.000		+ 16.000		+ 16.000		angenommen **)	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017		2018		2019			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Kultur- und Wissenschaft

	18	Transferaufwendungen		11.729.900											
048	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	BIBS	Zuschuss Niederdeutsches Theater e.V. Nach eigenen Angaben ist das Niederdeutsche Theater die zweitälteste Theatereinrichtung in Braunschweig, hat ca. 250 Abonnenten und führt normalerweise pro Spielzeit drei Produktionen auf. Um dem Theaterverein eine langfristige finanzielle Planungssicherheit zu garantieren, sollen nun die beantragten Fördermittel gewährt werden. Im Rahmen der städtischen Kontinuitätsförderung werden seit Jahren auch andere Theatereinrichtungen gefördert.				+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000		dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfKW				+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000				ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			FPA												abgelehnt 1 / 9 / 3

127 neu	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	CDU	Zuschuss Niederdeutsches Theater Braunschweig e. V. Das Niederdeutsche Theater Braunschweig e. V. wurde 1925 gegründet und ist damit nach eigenem Bekunden die zweitälteste Theatereinrichtung unserer Stadt. Spielstätte ist inzwischen der Rote Saal im wiederaufgebauten Residenz-Schloss, hier werden in der Regel drei neue Inszenierungen pro Jahr aufgeführt. Neben einem festen Stamm von weit mehr als 200 Abonnenten sind die Aufführungen des Niederdeutschen Theaters Braunschweig e. V. Anziehungspunkt für viele Gäste aus Nah und Fern. Das Niederdeutsche Theater Braunschweig e. V. trägt mit seinen Inszenierungen entscheidend dazu bei, dass die niederdeutsche Sprache nicht in Vergessenheit gerät, obwohl die Sprachkenntnisse in der breiten Bevölkerung immer weiter zurückgehen. Neben einzelnen Projektförderungen durch die Stadt Braunschweig in den vergangenen Jahren hat das Niederdeutsche Theater Braunschweig e. V. keine kontinuierliche finanzielle Unterstützung (neben den bereits in der Mitteilung 16-03156 aus dem AfKW vom 18.11.2016 genannten Hilfen durch die Verwaltung) erhalten. Durch die Erhöhung des Haushaltssatzes für Theaterprojekte soll die Gewährung einer Konzeptionsförderung für das Niederdeutsche Theater Braunschweig e. V. in den Jahren 2017 und 2018 ermöglicht werden. Mit der beantragten Konzeptionsförderung sollen die Stellung des Niederdeutschen Theaters Braunschweig als wichtigem Träger der niederdeutschen Sprache und des niederdeutschen Theaters, das als immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt ist, in Braunschweig gestärkt werden.			+ 6.000		+ 6.000	0	0	0	für 2 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
	1.25.2610.10	Projekt- u. Konzept.- Förderung Theater	AfKW				+ 6.000		+ 6.000	0	0	0		ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			CDU	Zuschuss Niederdeutsches Theater Braunschweig e. V. Das Niederdeutsche Theater Braunschweig e. V. wurde 1925 gegründet und ist damit nach eigenem Bekunden die zweitälteste Theatereinrichtung unserer Stadt. Spielstätte ist inzwischen der Rote Saal im wiederaufgebauten Residenz-Schloss, hier werden in der Regel drei neue Inszenierungen pro Jahr aufgeführt. Neben einem festen Stamm von deutlich mehr als 200 Abonnenten sind die Aufführungen des Niederdeutschen Theaters Braunschweig e. V. Anziehungspunkt für viele Gäste aus Nah und Fern. Das Niederdeutsche Theater Braunschweig e. V. trägt mit seinen Inszenierungen entscheidend dazu bei, dass die niederdeutsche Sprache nicht in Vergessenheit gerät, obwohl die Sprachkenntnisse in der breiten Bevölkerung immer weiter zurückgehen. Neben einzelnen Projektförderungen durch die Stadt Braunschweig in den vergangenen Jahren hat das Niederdeutsche Theater Braunschweig e. V. keine kontinuierliche finanzielle Unterstützung (neben den bereits in der Mitteilung 16-03156 aus dem AfKW vom 18.11.2016 genannten Hilfen durch die Verwaltung) erhalten. Durch die Erhöhung des Haushaltssatzes für Theaterprojekte soll die Gewährung einer Konzeptionsförderung für das Niederdeutsche Theater Braunschweig e. V. in den Jahren 2017 und 2018 ermöglicht werden. Mit der beantragten Konzeptionsförderung sollen die Stellung des Niederdeutschen Theaters Braunschweig als wichtigem Träger der niederdeutschen Sprache und des niederdeutschen Theaters, das als immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt ist, in Braunschweig gestärkt werden.			+ 6.000		+ 6.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag wurde nach der Beschlussfassung im AfKW geändert.	
			FPA	Vor der Beschlussfassung im Finanz- und Personalausschuss wurde der Antrag zeitlich angepasst.			+ 6.000		+ 6.000	+ 6.000	0	0	für 3 Jahre	angenommen 10 / 1 / 2

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen				
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
050	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	BIBS AfKW	Zuschuss Radio Okerwelle e.V. Seit nunmehr 19 Jahren besteht Radio Okerwelle als nichtkommerzielles Bürgerradio für die Stadt und Region Braunschweig. Die Berichterstattung ist ein wichtiger Bestandteil des Miteinanders in der Stadt. Zur Sicherstellung des Sendebetriebs und ihres satzungsgemäßen Auftrages benötigt Radio Okerwelle eine dauerhafte städtische Förderung. Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft hat über die Anträge 050, 051 und 098 gemeinsam abgestimmt. Zuvor wurde der Antrag Nr. 050 betraglich an den Antrag Nr. 098 angepasst. Ergebnis siehe Antrag Nr. 098.			+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
051	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	DIE LINKE. AfKW	Zuschuss für Radio Okerwelle Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft hat über die Anträge 050, 051 und 098 gemeinsam abgestimmt. Zuvor wurde der Antrag Nr. 051 betraglich an den Antrag Nr. 098 angepasst. Ergebnis siehe Antrag Nr. 098.			+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
098	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	SPD AfKW FPA	Radio Okerwelle Für den Trägerverein von Radio Okerwelle wird im Haushaltsplan dauerhaft ein jährlicher Förderbetrag in Höhe von 25.000 € eingestellt (Kontinuitätsförderung). In Niedersachsen gibt es 15 gemeinnützige und nichtkommerzielle Bürgersender (Hörfunk und/oder TV). In Braunschweig. Nach dem Niedersächsischen Mediengesetz (NLM) müssen die Bürgersender drei zentrale Aufgaben erfüllen: Sie müssen 1. die lokale und regionale Berichterstattung sowie das kulturelle Angebot ergänzen, 2. allen Bürgerinnen und Bürgern, die Interesse haben, die aktive Mitarbeit am Programm ermöglichen und 3. Medienkompetenz vermitteln. Im Interesse lokaler publizistischer Ergänzung und programmlicher Kontinuität muss jeder Bürgersender also sowohl ein gestaltetes Programm mit lokaler Information erbringen als auch interessierten Bürgern die Möglichkeiten bieten, selbst produzierte Beiträge und Sendungen eigenverantwortlich zu verbreiten. Damit verbindet sich auch die Aufgabe, medienpädagogische Angebote vorzuhalten. In Braunschweig hat Radio Okerwelle seit 1996 eine Lizenz nach dem NLM. Seit 2002 sendet es im Regelbetrieb. Bisher hat Radio Okerwelle von der Stadt Braunschweig regelmäßig Projektfördermittel erhalten. Diese Projektförderung soll auf eine Kontinuitätsförderung umgestellt werden. Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft hat über die Anträge 050, 051 und 098 gemeinsam abgestimmt.			+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 8 / 0 / 3 angenommen **)
129 neu	1.25.2811.10	Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpfl.	BIBS FPA	Zuschuss für das Kurzfilmfestival "durchgedreht 24" Bereits seit 14 Jahren findet jährlich das "durchgedreht 24 Selbstdfilmfest" in Braunschweig statt. Teilnehmer aus ganz Deutschland haben die Möglichkeit, selbst einmal eine Kamera in die Hand zu nehmen und ihren eigenen Film innerhalb von 24 Stunden Wirklichkeit werden zu lassen. Eine professionelle Jury aus der Medienbranche urteilt anschließend darüber.			+ 3.000		0		0		0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 4 / 3 / 6

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen				
				bisher	neu	2017		2018		2019					
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
052	Diverse		AfD	Aufhebung von Zuschüssen Der Rat der Stadt möglicherweise beschließen, die nachfolgend genannten Institutionen im kommenden Haushalt Jahr nicht mehr mit Zuschüssen zu versorgen, und die entsprechenden Haushaltseinträge auf Null zu setzen. Die städtischen Zuschußbeträge erreichen im nächsten Jahr ein Gesamtvolume von über 72 Millionen Euro. Zur Zeit ist nicht zu erkennen, ob und in welchem Maße diese Zuschüsse im Einzelnen wirtschaftlich vertretbar sind. Der Nachweis dieser Vertretbarkeit ist vor allem bei den hier aufgelisteten Zuschußbeziehern notwendig: 1.25.2511.09 Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. 1.25.2511.09 Gedenkstätte für Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, BS-Friedhöfe 1.25.2522.09 Kunstverein Braunschweig 1.25.2522.09 Bund Bildender Künstler 1.25.2522.09 Jugendkunstschule buntich 1.25.2522.09 Allgemeiner Konsumverein 1.25.2522.09 Internationales Filmfest Braunschweig 1.25.2610.09 LOT-Theater 1.25.2733.09 Brunsviga Friedenszentrum DRK-Kaufbar 1.25.2811.10 Projekt- und Konzeptionsförderung sonstige kult. Projekte										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfKW			- 1.099.700		- 1.099.700		- 1.099.700		- 1.099.700			abgelehnt 1 / 9 / 0
			FPA												abgelehnt **)

Teilhaushalt Ref. 0500 - Sozialreferat

	18	Transferaufwendungen		0											
053	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	Kinderarmut wirksam bekämpfen Zur Umsetzung des "Kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut" werden 250.000 Euro in den städtischen Haushalt 2017 eingestellt. Der Rat hat am 18.12.2012 einstimmig das "kommunale Handlungskonzept Kinderarmut" beschlossen, das von der Verwaltung schrittweise umgesetzt werden soll. Finanzielle Auswirkung ergaben sich bislang daraus nicht. Um Kinderarmut wirksam bekämpfen zu können, muss Geld in die Hand genommen werden.										dauerh.	Diverse
			AfSG			+ 250.000		+ 250.000		+ 250.000		+ 250.000			abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA												abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2017		2018		2019		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	

Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit

	18	Transferaufwendungen		119.804.700									
SBR	1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	SBR 120	Stadtplan für ältere Menschen Der Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet beantragt, Mittel für die Erstellung eines Stadtplans für ältere Menschen in Höhe von 5.000 € in den Haushalt 2017 einzustellen.		+ 5.000		0		0		einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG		+ 5.000			0		0			angenommen 7 / 4 / 0
			FPA					0		0			abgelehnt 3 / 9 / 1

SBR	1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	SBR 321	Forum Älter werden im Stadtbezirk Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel zur Begleitung des Forums "Älter werden im Stadtbezirk Lehndorf-Watenbüttel" weiterhin in die Haushalte der Folgejahre einzustellen.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG		*)	0		*)	0	*)	0)	angenommen 10 / 0 / 1
			FPA										Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der Umsetzung der Altenhilfeplanung stehen Mittel zur Verfügung, um das Forum Älter werden im Stadtbezirk Lehndorf-Watenbüttel zu begleiten, die bisher ausreichend waren. Gesonderte Mittel für die Bezuschussung von Projekten des Forums stehen nicht zur Verfügung und wären jeweils im Einzelfall zu beantragen.
													Der Antrag wird mit Verweis auf die Anmerkung der Verwaltung für erledigt erklärt.

054	1.31.3153.10	Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.	AfD	Zuschuss Ev.-luth. Kirchenverband Der Rat der Stadt möge beschließen, die oben genannte Institution im kommenden Haushaltsjahr nicht mehr mit Zuschüssen zu versorgen, und die entsprechenden Haushaltseinträge auf Null zu setzen.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG		- 10.200			- 10.200		- 10.200		- 10.200	abgelehnt 0 / 11 / 0 abgelehnt **)
			FPA										

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2017		2018		2019		2020		Dauer		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
055	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	BIBS AfSG FPA	Erhöhung Zuschuss Frauen- und Mädchenberatung bei sexueller Gewalt e.V. Die Frauen- und Mädchenberatung gerät mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen zunehmend in Not. Daher werden dringend mehr Personal- und Raumkapazitäten, um dem deutlich gestiegenen Bedarf in mehreren Arbeitsbereichen gerecht zu werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+ 113.920		+ 113.920		+ 113.920		+ 113.920			abgelehnt 2 / 9 / 0	
															abgelehnt **)	
056	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	DIE LINKE. AfSG FPA	Anhebung Zuschuss Frauen- und Mädchenberatung										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+ 114.000		+ 114.000		+ 114.000		+ 114.000			abgelehnt 2 / 9 / 0	
															abgelehnt **)	
099	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	SPD AfSG FPA	Frauen- und Mädchenberatung Durch den Anstieg der Anzahl von Frauen und Mädchen, die in den letzten Jahren, insbesondere in den Jahren 2015 und 2016, nach Braunschweig und in die Region gekommen sind, ist ein erheblicher Mehrbedarf an Angeboten zur Beratung und Unterstützung entstanden. Sowohl eine aufsuchende Arbeit in den Unterkünften als auch in der Folge konkrete Einzelfallhilfe ist erforderlich geworden. In Folge der Ereignisse in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln fassen insgesamt mehr Mädchen und Frauen den Mut, sich Hilfe zu holen. Die Gesetzesinitiative „Nein heißt Nein“ ermutigt ebenfalls Frauen und Mädchen, Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe öffentlich zu machen und sich Beratungseinrichtungen anzuvertrauen. Im Sinne der Prävention sind zudem eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sowie eine Fortbildung von Erzieherinnen etc. nachhaltig sinnvoll.										für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+ 114.000		+ 114.000		+ 114.000			0			
						+ 114.000		+ 114.000		+ 114.000			0		angenommen 7 / 1 / 3	
						<u>+ 114.000</u>		<u>+ 114.000</u>		<u>+ 114.000</u>			0		angenommen **)	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017		2018		2019			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
057	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss Tagestreff IGLU Der Tagestreff für Obdachlose leistet sog. "niedrigschwellige" Hilfen unter Einbeziehung der Methodenansätze von Straßensozialarbeit sowie eines geschützten Treffpunktangebotes für Frauen in besonderen Armut- und Notlagen. Der Tagestreff ist nach wie vor weit über das erforderliche Maß von 25 Wochenstunden geöffnet. Die Mehrleistung erbringt der Tagestreff durch den Einsatz der Mitarbeiter in gesplitteter Arbeitszeit und durch den Einsatz von Ehrenamtlichen. Aus diesen Gründen soll nun der städtische Förderbetrag angehoben werden.									
			AfSG			+ 13.900		+ 13.900		+ 13.900		+ 13.900	dauerh.
			FPA			+ 13.900		+ 13.900		+ 13.900		+ 13.900	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 7 / 4 / 0 angenommen **)
058	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE. AfSG	Anhebung Zuschuss Tagestreff für Obdachlose IGLU Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat über die Anträge 057, 058 und 100 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 057.									
059	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	P ² AfSG	Anhebung Zuschuss: Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten mbH, Tagestreff IGLU Obdachlose Der Tagestreff ist ein wichtiger Anlaufpunkt für Obdachlose und Frauen in besonderen Armut- und Notlagen. Er leistet einen erheblichen Beitrag zur niedrigschwellige Hilfe. Mit steigenden Besucherzahlen steigt auch der finanzielle Bedarf. Daher beantragen wir die Erhöhung des eingeplanten Zuschusses um 13.900 EUR.									
100	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN AfSG	Tagestreff für Obdachlose IGLU Der Tagestreff IGLU ist eine bewährte Einrichtung für Obdachlose in der Braunschweiger Innenstadt. Seit September 2013 befindet er sich in der Wilhelmstraße 85 (früher Theaterwall 12). Der Tagestreff leistet niedrigschwellige Hilfen für Menschen beiderlei Geschlechts in besonderen Armut- und Notlagen. In ihrem Zuschussantrag für das Haushaltsjahr 2017 hat die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten mbH (DWB) nachvollziehbar dargelegt, dass der Zuschussbedarf für diese wichtige Einrichtung leicht angestiegen ist. Für die Stadt Braunschweig ergibt sich damit ein neuer Finanzierungsanteil von rund 85.800 €, eingeplant sind bislang aber nur 71.900 €. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat über die Anträge 057, 058 und 100 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 057.									

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2017		2018		2019		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
060	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS AfSG FPA	Zuschuss Netzwerk Nächstenliebe e.V. Bisher gewährte Fördermittel stehen dem Verein nicht mehr zur Verfügung, was den Fortbestand der Arbeit des Vereins auf dem Gebiet offener, sozialer Schuldnerberatung gefährdet.		+ 21.000		0		0		einmalig abgelehnt 1 / 10 / 0 abgelehnt **)
061	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE. AfSG FPA	Anhebung Zuschuss Mütterzentrum		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		dauerh. abgelehnt 2 / 8 / 1 abgelehnt **)
101	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD AfSG FPA	Mütterzentrum e. V./ Mehrgenerationenhaus Braunschweig e. V. Das Mütterzentrum leistet u. a. seit vielen Jahren sehr erfolgreich Quartiersarbeit in einem Stadtteil mit einer sehr unterschiedlichen Bewohnerstruktur. Die dort lebenden Menschen bedürfen in der Regel einer stetigen sehr persönlichen Ansprache, um sie dauerhaft an die Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten heranzuführen. Hier hat es sich bewährt, feste Ansprechpartner an das Haus zu binden, die durch ihre eigene Lebensbiographie beispielhaft sein können. Um zu erproben, ob sich die Unterstützung durch die Kraft in der Küche, im Café und als Hausmeisterin dauerhaft bewährt, soll ein Zuschuss zunächst für 3 Jahre gewährt werden		+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		für 3 Jahre angenommen 7 / 1 / 3 angenommen **)
102	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN AfSG	Förderung der freien Wohlfahrtspflege Im Südwestlichen Ringgebiet / Sanierungsgebiet „Soziale Stadt“ ist das Mütterzentrum / Mehrgenerationenhaus eine unverzichtbare Institution. Gefördert wird diese Einrichtung einerseits durch den Fachbereich 51 Kinder, Jugend und Familie, andererseits durch den Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit. Der Zuschuss durch den Fachbereich 50 sollte u. E. von 90.000 auf 103.000 € angehoben werden, um dem vom Trägerverein angemeldeten erhöhten Zuschussbedarf zumindest teilweise zu entsprechen, insbesondere bezüglich der geringfügigen Stundenaufstockung für die Geschäftsführung und für die pädagogische Leitung.		+ 13.000		+ 13.000		+ 13.000		dauerh. Erledigt durch Beschlussfassung über Antrag 101.
SBR	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310 AfSG FPA	Zuschuss Mütterzentrum Der Zuschuss zum Mütterzentrum ist um 40.000 € anzuheben. Der Mehrbedarf wird gesplittet in Dynamisierung (4.000 €), tarifliche Sonderzahlung (2015 nicht gezahlt) und allgemeine Kostensteigerung (6.000 €), bereits für 2016 beantragte Stelle für eine Kraft in der Küche, im Café und als Hausmeister/in (25.000 €) und für je zwei Stunden mehr Bezahlung für die Geschäftsführung und pädagogische Leitung (5.000 €).		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		dauerh. abgelehnt 2 / 8 / 1 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
062	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE. AfSG FPA	Anhebung Zuschuss Stadtteilladen Neustadtring Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat über die Anträge 062, 103, 104 und SBR 310 gemeinsam abgestimmt.		+ 1.400		+ 1.400		+ 1.400		+ 1.400	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 7 / 1 / 3 angenommen **)
103	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD AfSG	Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e. V. - Stadtteilladen Neustadtring Der Förderverein leistet seit dreizehn Jahren ehrenamtlich wertvolle Arbeit und ist für viele Stadtteilbewohner ein kompetenter Ansprechpartner vor Ort. Er betreibt mit Unterstützung der Stadt Braunschweig (Mietzuschuss) ehrenamtlich den Stadtteilladen am Neustadtring 16 A als erste Anlaufstelle. Dort bietet er u. a. Hausaufgabenhilfe an, gibt Hilfestellung bei Arbeitslosigkeit, organisiert Ferienangebote für Kinder und den Ringgleisflohmarkt. Damit das Angebot weiterhin bestehen kann, muss es verstetigt werden. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat über die Anträge 062, 103, 104 und SBR 310 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 062.		+ 1.400		+ 1.400		+ 1.400		+ 1.400	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
104	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Stadtteilladen Neustadtring Der Stadtteilladen Neustadtring 16 a stellt eine wichtige Einrichtung im Nordwestlichen Ringgebiet / Eichtal dar. Seine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Braunschweig ist zumindest eine kleine Kompensation für die bedauerliche Nichtaufnahme des Nordwestlichen Ringgebietes / Eichtals in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Der Förderverein Westliches Ringgebiet Nord leistet mit seinen Angeboten seit 14 Jahren wertvolle Quartiersarbeit für die dortigen Bewohnerinnen und Bewohner. Laut dem Zuschussantrag des Fördervereins reicht der bisherige Mietzuschuss nicht mehr aus. Er hat daher für das Haushaltsjahr 2017 eine geringe Erhöhung beantragt (von 5.400 auf 6.800 €).□ Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat über die Anträge 062, 103, 104 und SBR 310 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 062.		+ 1.400		+ 1.400		+ 1.400		+ 1.400	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
SBR	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310 AfSG	Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e. V. Der Zuschuss für den Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e. V. soll von 5.400 auf 6.800 € steigen, um die Existenz des Stadtteilladens am Neustadtring zu gewährleisten. Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat über die Anträge 062, 103, 104 und SBR 310 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 062.		+ 1.400		+ 1.400		+ 1.400		+ 1.400	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2017		2018		2019				
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
063	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	AfD AfSG FPA	Zuschüsse für Wohlfahrtsverbände Der Rat der Stadt wird gebeten zu beschließen, die Zuschüsse für die unten aufgeführten Institutionen zu streichen und die entsprechenden Haushaltspositionen auf Null zu setzen. Die wirtschaftliche Vertretbarkeit von dauerhaften Zuschüssen für diese Verbände wird angezweifelt: - Die Arbeiterwohlfahrt bekommt einen Zuschuss von € 62.300,- pro Jahr. - Der Caritasverband bekommt einen Zuschuss von € 62.300,- pro Jahr. - Das Diakonische Werk bekommt einen Zuschuss von € 30.400,- - Das DRK bekommt einen Zuschuss von € 31.900,-		- 186.900		- 186.900		- 186.900		dauerh. abgelehnt 0 / 10 / 0 abgelehnt **)	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
064	1.31.3517.20	Leistungen d. Büros für Migrationsfragen	AfD AfSG AfI FPA	Projekt "Demokratie leben!" Der Rat der Stadt wird gebeten zu beschließen, die Zuschußförderung für das im Betreff genannte Projekt zu streichen und im Haushaltplan auf Null zu setzen. Die Zuschußberechtigung der bisher bekannten Projekte ist sehr zweifelhaft, eine Bezuschussung damit wirtschaftlich nicht vertretbar.	- 30.000		- 30.000		- 30.000		- 30.000		dauerh. abgelehnt 1 / 10 / 0 ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt **)	431810 Zuschuss an übrige Bereiche

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2017		2018		2019		2020						
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
123 neu	1.31.3517.20	Leistungen d. Büros für Migrationsfragen	BIBS	Zuschuss für die Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve Der Verein "Toleranz, Respekt und interkulturelle Vielfalt TRIVT e.V." beantragt Fördermittel, damit sich die Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve zu einem Bürgerzentrum / Stadtteilladen für die Anwohner Krälenriedes entwickeln kann. Das Vorläuferprojekt am Steinriedendamm 14 läuft zum 31.12.2016 aus, und die Begegnungsstätte läuft somit Gefahr, seine wertvolle Arbeit im Bereich der Sozialarbeit in 2017 nicht fortsetzen zu können.												dauerh.		
						+ 37.164		+ 37.164		+ 37.164		+ 37.164						
						+ 37.164		+ 37.164		+ 37.164		+ 37.164				ohne Beschlussempfehlung passieren lassen		
																abgelehnt 5 / 5 / 0		
				Im Ausschuss für Integrationsfragen wurde der Antrag zeitlich angepasst.												abgelehnt 2 / 4 / 4		
						+ 37.164		0		0		0				einmalig		
				Zuschuss für die Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve Der Verein "Toleranz, Respekt und Interkulturelle Vielfalt" (TRIVT e.V.) hat mitgeteilt, dass die Landesaufnahmehbehörde Niedersachsen die Arbeit der Aktiven der Initiative "Aktiv für Respekt und Toleranz" (ART) (Trägerverein TRIVT e.V.) in der Begegnungsstätte mit Fahrradwerkstatt (Steinriedendamm/Bienroder Weg) mit einer halben Stelle einer Sozialarbeiterin unterstützen möchte. Die vorrangige Aufgabe der Sozialarbeiterin wird es sein, die Geflüchteten im Quartier Krälenriede zu betreuen, den Kontakt mit den Anwohnern zu pflegen und die verlässliche Öffnungszeiten der Begegnungsstätte sicher zu stellen. Der Verein TRIVT e.V. hat von der LAB mit Schreiben vom 21.12.2016 bereits eine Ausnahmegenehmigung vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns erhalten. Die endgültige Entscheidung über den Antrag (und ein Zuweisungsbescheid) ist nach Angaben der LAB Friedland nicht vor März zu erwarten. Durch die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginn und die voraussichtliche Förderung einer Personalstelle wird deutlich, welche Bedeutung das Land den Aktivitäten der Initiative ART und der Arbeit der Begegnungsstätte beimisst. Die in der Begegnungsstätte mit Fahrradwerkstatt Aktiven der Initiative ART unterstützen nicht nur LAB-Bewohner, sondern auch Geflüchtete, die von der Stadt Braunschweig untergebracht werden müssen sowie bedürftige Bürgerinnen und Bürger. Beispielweise wurden in Zusammenarbeit mit dem DRK und der Freiwilligenagentur Fahrräder für die in Braunschweiger Turnhallen untergebrachten Geflüchteten hergerichtet und Orientierungs- bzw. Übungsfahrten mit vorbereitet. Ebenso erfolgte eine intensive Kooperation mit den Interkulturellen Garten in Rühme. Dem Schreiben der LAB ist zu entnehmen, dass das Land gemäß Nr. 4.2 der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen von Maßnahmen zur sozialen Betreuung..." nur Personalkosten (85%), aber keinerlei Sachkosten fördert. Es könnte somit der Fall auftreten, dass die Initiative ART zwar die (halbe) Stelle für eine Sozialarbeiterin genehmigt bekommt, aber keine Mittel für den Betrieb des Welcome Houses ART-Kurve (inkl. Fahrradwerkstatt) hat (Miete, Heizung, Wasser, Strom, Versicherung, Verbrauchsmaterialien), wo letztendlich die Sozialarbeiterin sitzen soll. Das Welcome House ART Kurve bzw. der Verein TRIVT e.V. ist daher auf die Übernahme der Sachkosten (und der verbleibenden Personalkosten) durch die Stadt essentiell angewiesen. Um den Fortbestand des Welcome Houses ART Kurve und der Fahrradwerkstatt zu sichern, ändern wir daher unseren Antrag dahingehend, dass wir die halbe Stelle für eine Sozialarbeiterin aus der von TRIVT e.V. beantragten Summe herausnehmen und beantragen die zur Verfügung zu stellenden Haushaltssmittel auf die beantragten Sachmittel und auf den Personalmittelüberhang zu begrenzen und somit auf insgesamt 18.000,- Euro reduzieren. Die Bewilligung könnte vorbehaltlich der tatsächlichen Förderung (Zuweisungsbescheid) der Sozialarbeiterinnensetle durch das Land erfolgen.														
						+ 18.000		0		0		0						
				Der Zuschuss für die Begegnungsstätte wird mit einem Sperrvermerk versehen. Die Freigabe der Mittel erfolgt, sobald die endgültige Bewilligung einer Landesförderung vorgelegt wird.												angenommen 8 / 4 / 1		
						+ 18.000		0		0		0						

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2017		2018		2019		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
065	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS AfSG FPA	Erhöhung Zuschuss Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V. Die Braunschweiger AIDS - Hilfe e.V. benötigt eine einmalige Erhöhung der städtischen Mittel, um die erfolgreiche Arbeit in der AIDS-Prävention, der Beratung und Unterstützung der Betroffenen und die Förderung von Selbsthilfeaktivitäten sicher zu stellen.		+ 7.000		0		0		einmalig abgelehnt 3 / 0 abgelehnt **)
066	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	DIE LINKE. AfSG FPA	Anhebung Zuschuss Aids-Hilfe		+ 7.000		+ 7.000		+ 7.000		dauerh. abgelehnt 2 / 1 abgelehnt **)
067	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	P ² AfSG FPA	Anhebung Zuschuss: Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V. Die Braunschweiger AIDS-Hilfe leistet seit vielen Jahren äußerst wichtige Präventions- und Aufklärungsarbeit. Gerade bei der Arbeit gegen Diskriminierung und Ausgrenzung sind verstärkte Aktivitäten notwendig. Um diese Arbeit im nächsten Jahr sicher zu stellen, wird eine Erhöhung der Förderung um 7.000 EUR beantragt.		+ 7.000		0		0		einmalig abgelehnt 3 / 0 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017		2018		2019			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
068	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS	Erhöhung Zuschuss Pro Familia "Teens plus Babies" Seit einigen Jahren bietet die pro familia Beratungsstelle das Angebot "Teens plus babies - eine Gruppe für junge Schwangere und Mütter bis 21 Jahre" an. Um dieses sehr erfolgreiche Angebot erhalten zu können und Planungssicherheit zu erhalten, soll das Projekt eine leicht erhöhte, dauerhafte städtische Förderung erhalten.									
			AfSG			+ 200		+ 200		+ 200		+ 200	dauerh.
			FPA			+ 200		+ 200		+ 200		+ 200	angenommen 6 / 4 / 1 angenommen **)
069	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	P²	Anhebung Zuschuss: Verein f. sexuelle Emanzipation Der VSE ist die Interessenvertretung für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans, Intersexuelle und queere Menschen in Braunschweig und ist Dach für verschiedene Gruppen und Aktivitäten sowie Träger des queeren Zentrums "Onkel Emma". Nun erhöht sich der Bedarf für weitere wichtige Betätigungsfelder (queere Geflüchtete), in denen der Verein bisher nicht ausreichend aktiv ist. Daher beantragen wir die Erhöhung des eingeplanten Zuschusses um 39.900 EUR									
			AfSG			+ 39.900		0		0		0	einmalig abgelehnt 3 / 8 / 0 abgelehnt **)
			FPA										
105	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SPD	Verein für sexuelle Emanzipation e. V. Der Verein ist vermehrt Adressat von Anfragen zur Coming-out-Beratung, Unterstützung von Eltern, Anfragen von Schulen und der Presse. Im queeren Zentrum „Onkel Emma“ finden aufgrund erhöhter Anfrage immer mehr Veranstaltungen und Treffen statt. Zudem veranstaltet der Verein jedes Jahr das Sommerlochfestival, welches inzwischen über die Region hinaus bekannt ist. Es trägt zu einem wertvollen und toleranten Klima der Stadt bei und bietet den Bürgerinnen und Bürgern in ungezwungener Atmosphäre den Kontakt und die Austauschmöglichkeit mit den Teilnehmern des Festival. Insbesondere das Projekt SCHLAU, welches von Ehrenamtlichen getragen wird und sehr erfolgreich Schülerinnen und Schüler zum Thema informiert, bedarf einer professionellen Koordination der zahlreichen Anfragen der Schulen.									
			AfSG			+ 35.000		+ 35.000		0		0	für 2 Jahre angenommen 7 / 1 / 3 angenommen **)
			FPA			+ 35.000		+ 35.000		0		0	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2017		2018		2019		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	

Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie

	18	Transferaufwendungen		109.592.100								
070	Diverse		AfD	Zuschüsse für den Dachverband der Elterninitiativen e.V. sowie BEJ e.V. Der Rat der Stadt wird gebeten zu beschließen, die Zuschüsse für die oben genannten Vereine zu streichen und die entsprechenden Haushaltsansätze auf Null zu stellen. Die wirtschaftliche Vertretbarkeit dieser dauerhaften Zuschüsse ist sehr zweifelhaft.		- 1.735.000		- 1.735.000		- 1.735.000		dauerh. 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Eine Umsetzung des Antrags würde die Situation der Eltern-Kind-Gruppen elementar schwächen und die Wahrnehmung gesetzlicher Pflichtaufgaben im Beratungsbereich gefährden. abgelehnt 1 / 12 / 1 abgelehnt **)
071	1.36.3660.02	Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit	P2	0,5-Stelle Medienkoordination AWO Kinder- und Jugendzentrum Schiene, Broitzem Die medienpädagogische Arbeit ist seit Jahren verbesserungsfähig. Mit einer 0,5 Stelle wird der AWO als freier Träger mit qualifiziertem Personal ermöglicht, zu einer Verbesserung beizutragen.		+ 37.125		+ 37.125		+ 37.125		dauerh. 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Die angegebenen Personal- und Sachkosten für eine 1/2 Stelle sind richtig berechnet. L.t. dem Konzept des FB 51 ist eine ganze Stelle für Medienkoordination vorgesehen. Jeweils eine 1/2 Stelle sollte bei der AWO und bei der Stadt Braunschweig eingerichtet werden. An Sachkosten waren pro 1/2 Stelle ca. 4.500/ 5.000 € eingeplant. abgelehnt 3 / 5 / 5 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen				
				bisher	neu	2017		2018		2019					
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
106	Diverse		BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Verwendung der Kita-Entgelte zur Qualitätsverbesserung Die Mehreinnahmen durch die Wiedereinführung der Kindertagesstätten-Entgelte zum August 2016 werden ausschließlich zur inhaltlichen Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung verwendet, also nicht für bauliche Maßnahmen wie Kita-Sanierungen, -Neubauten oder Erweiterungsbauten. Bis zum 3. Quartal 2017 wird mit der AG 78 des Jugendhilfeausschusses ein Umsetzungsplan für die Verwendung etwaiger Überschüsse in 2017 und für die erwarteten Gelder in 2018 erarbeitet. Im Vorbericht des Haushaltplan-Entwurfs (s. S. 131 / 132) ist zu lesen, dass die Verwaltung aufgrund der von der Politik beschlossenen Übergangsregelung für 2017 lediglich mit Mehreinnahmen von 0,93 Mio. € aus den wieder eingeführten Kita-Entgelten rechnet. Ein Drittel dieser Summe will die Verwaltung nun für „bauliche Qualitätsverbesserungen“ verwenden. Wir gehen davon aus, dass diese Aufteilung nach Auffassung der Verwaltung auch in den Folgejahren greifen soll. In der kontroversen Debatte um die Kita-Entgelte wurde aber der Ratsbeschluss, die Mehreinnahmen aus den Kita-Entgelten ausschließlich für pädagogische Qualitätsverbesserungen zu verwenden, von allen Beteiligten als Verbesserung der inhaltlichen Betreuungsqualität verstanden. Dazu gehören ein verbesserter Betreuungsschlüssel, verbesserte Ausstattung und zusätzliche Räumlichkeiten. Dazu gehören nicht Sanierungen und An- oder Neubauten zur quantitativen Ausweitung von Betreuungsplätzen. Wir fühlen uns diesem Ratsbeschluss verpflichtet. Dieser Verpflichtung wollen wir mit unserem Haushaltsantrag entsprechen und nachkommen.										dauerh.	Diverse Anmerkung der Verwaltung: Bisher war ein zweckgebundener Verlusttausgleich an den FB 65 zugunsten der baulichen Qualitätsverbesserung der Kitas vorgesehen. Diese Aufwendungen werden im Gegenzug zu der nebenstehenden Ansatz erhöhung reduziert (s. auch Teilhaushalt FB 20 zu Antrag Nr. 106). Der Antrag ist somit haushaltneutral. Bei Annahme des Antrags stehen keine Mittel für eine erweiterte Kita-Sanierung zur Verfügung. angenommen 11 / 3 / 1 Ergänzung der Anmerkung der Verwaltung: Bei Annahme des Antrags würde voraussichtlich keine entsprechend erweiterte Kita-Sanierung durchgeführt werden. Ohne Annahme des Antrags stünden für Kita-Sanierungen zusätzlich 310.000 € im Jahr 2017 sowie 833.000 € in den Jahren 2018 ff. zur Verfügung. angenommen **)
			JHA			+ 310.000		+ 833.300		+ 833.300		+ 833.300			
			FPA			+ 310.000		+ 833.300		+ 833.300		+ 833.300			
						<u>+ 310.000</u>		<u>+ 833.300</u>		<u>+ 833.300</u>		<u>+ 833.300</u>			

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2017		2018		2019		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	

Teilhaushalt Fachbericht 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

	Diverse											
072	1.56.5610.15	Klimaschutz	BIBS	Herausgabe eines "Klimasparbuches" für die Stadt Braunschweig Die Stadt Braunschweig erarbeitet mit dem Oekom-Verlag die Herausgabe eines „Klimasparbuches“. Die Verwaltung gibt die für die Realisierung des Klimasparbuch erforderlichen Haushaltssittel an. Dabei wird auch die Möglichkeit der Einbeziehung von Sponsoren berücksichtigt Das sog. „Klimasparbuch“ wird vom Oekom-Verlag in Zusammenarbeit mit Regionen / Kommunen herausgegeben. Klimasparbücher gibt es schon deutschlandweit für ca. 30 Kommunen bzw. Regionen. In Kürze wird ein solches Klimasparbuch für Salzgitter erscheinen. Die redaktionelle Erstellung (Bestaltung, Texte) übernimmt grundsätzlich der o.g. Verlag. Eigenbeiträge aus dem Bereich der jeweiligen Kommune sind aber möglich. Das „Klimasparbuch“ ist ein handlicher, praxisorientierter Ratgeber und Stadtführer für den Klimaschutz vor Ort. Überzeugend daran ist, dass nicht nur die übliche Energiesparstiene bedient wird, sondern auch weitergehende klimarelevante Aspekte wie klimabewusste Ernährung sowie biotische Ansätze des Klimaschutzes (z.B. Vegetation => Urban gardening, Fassaden- und Dachbegrünung, Bodenschutz etc.) berücksichtigt werden. Das „Klimasparbuch“ nimmt die LeserInnen an die Hand und führt sie in ihrer Stadt, ihrem Landkreis oder ihrer Region dorthin, wo sie klimafreundlich einkaufen, essen und entspannen können und informiert über nachhaltige Initiativen und Beteiligungsmöglichkeiten. Neben praktischen Tipps zu Klimaschutz im Alltag enthält das Klimasparbuch auch verbraucheranreiche Anreize: regional zugeschnittene, attraktive Gutscheine und Rabattangebote für umweltfreundliche Produkte aus allen Lebensbereichen – von öko-fairer Kleidung und Bio-Nahrungsmitteln bis hin zum Car-Sharing. Durchschnittlich enthält jedes „Klimasparbuch“ 30 bis 40 Gutscheine. Sein Einsatz wird durch Informationsveranstaltungen für Verbraucher und regionale Öffentlichkeitsarbeit rund um die Klimaschutzbemühungen der beteiligen Partner flankiert. https://www.facebook.com/klimasparbuch http://www.klimasparbuch.net/home.html http://www.oekom.de/buecher/buchreihen/klimasparbuch.htm	einmalig	Diverse Sachkonten						

	18	Transferaufwendungen		4.012.900								
--	----	----------------------	--	-----------	--	--	--	--	--	--	--	--

107	1.56.5610.15	Klimaschutz	SPD	Regionale Energie- und Klimaschutzagentur e. V. (reka) Dem Verein Regionale Energie- und Klimaschutzagentur e. V. (reka) wird einmalig ein Mietzuschuss in Höhe von 12.000 € für 2017 gewährt. Der Verein Regionale Energie- und Klimaschutzagentur (reka) nimmt als Partner der Stadt Braunschweig wichtige Aufgaben im Bereich der Umweltbildung, der Beratung und der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Braunschweig wahr. Drei Viertel der Mietkosten für den angemieteten Bürobereich in der Frankfurter Straße werden von dem Verein angehörenden Mitgliedsunternehmen aufgebracht. Um die wichtige Arbeit des Vereins zu unterstützen und das vorhandene Finanzierungsdefizit bei den Mietkosten auszugleichen, soll die Stadt Braunschweig den Verein 2017 mit einem Mietkostenzuschuss von 1.000 € pro Monat unterstützen.	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche						
			PIUA	+ 12.000		0		0		0		Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen.
			FPA	+ 12.000		0		0		0		angenommen 9 / 1 / 3

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017		2018		2019		2020					
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
108	1.56.5610.15	Klimaschutz	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Förderpreis Klimaschutz Für die Auszeichnung vorbildlicher Klimaschutzprojekte wird im Haushaltplan 2017 eine Summe von 20.000 € bereitgestellt. Es gibt in Braunschweig einige Projekte, bei denen sich Bürgerinnen und Bürger in vorbildlicher Weise für den Klimaschutz engagiert haben. Bisher gibt es für derartige Projekte nur eine städtische Förderung, wenn regenerative Energie genutzt wird, nicht jedoch, wenn der bisherige Ausstoß von CO ₂ auf andere Weise vermindert wird. Um jedoch weitere Anreize zu setzen, den Klimaschutz auch in Braunschweig voranzutreiben und wirksame Schritte zur Senkung des CO ₂ -Ausstoßes zu belohnen, soll diese Auszeichnung öffentlichkeitswirksam vorgenommen werden. Es sollen sowohl investive wie auch nichtinvestive Maßnahmen ausgezeichnet werden können. Die zur Verfügung stehende Summe kann auf mehrere Projekte aufgeteilt werden. Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für ein Auswahlverfahren zu machen.												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			PIUA			+ 20.000		0		0		0				angenommen 8 / 4 / 1	
			FPA			+ 20.000		0		0		0				angenommen **)	

Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2017		2018		2019		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	

Teilhaushalt Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat

	18	Transferaufwendungen		399.000									
076	1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	BIBS	Zuschuss Fair in Braunschweig e.V. Für die Weiterentwicklung seiner Tätigkeiten in Braunschweig beantragt der Verein "Fair in Braunschweig" finanzielle Unterstützung. Der Verein unterstützt die Fairtrade-Bewegung in der Stadt und Region Braunschweig. Er arbeitet mit staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und der Wirtschaft zusammen, die Fairness im Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen und soziale Gerechtigkeit aktiv befördern. Die Stadt ist seit Anfang 2014 "Fairtrade-Stadt" und hat sich damit der lokalen Verbreitung von Fairtrade-Produkten verschrieben. Deswegen sollte die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und sich auch finanziell an der Umsetzung der Ziele beteiligen.		+ 41.000		+ 41.000		+ 41.000		+ 41.000	dauerh.
077	1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	DIE LINKE, WA FPA	Zuschuss für Verein "Fair in Braunschweig"		+ 41.000		+ 41.000		+ 41.000		+ 41.000	dauerh.
078	1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	P2 WA FPA	„Fair in Braunschweig e. V.“ Um dem aus Bürgerengagement gegründeten Verein den Ausbau des regionalen Labels „Fair in Braunschweig“ zu ermöglichen -und damit auch einen Beitrag zu leisten, um die Stadt Braunschweig als „Fairtrade-Stadt“ weiterzuentwickeln (Stabsst. 0800 - Wirtschaftsdezernat Strategische Ziele Band 1 S. 932) - halten wir die Investition für sinnvoll.		+ 23.500		0		0		0	einmalig

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017		2018		2019			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
079	1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	CDU	Ausbau des kostenlosen WLAN beschleunigen Für Projekte im Rahmen des von der CDU-Fraktion initiierten Ausbau Braunschweigs zur Smart-City sind im Haushalt 2017 von der Verwaltung bisher 50.000 Euro vorgesehen. Mit der nun vorgesehenen Verdopplung soll der Ausbau des ebenfalls von der CDU-Fraktion angestoßenen kostenlosen WLAN in der Innenstadt beschleunigt werden. Mit den dann zur Verfügung stehenden Mitteln soll der Grundstein gelegt werden, um schnellstmöglich eine flächendeckende Versorgung mit kostenlosem Internet zu erreichen.									
						+ 50.000		0		0		einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
				WA		+ 50.000		0		0			Anmerkung der Verwaltung: In der Vorlage „Ausbau des öffentlichen WLAN Netzes“, Nr. 16-03066, aus dem Dezember 2016 schlägt die Verwaltung vor, auch die für 2016 vorgesehenen Mittel bis zu einer Höhe von 45.000 Euro u. a. zur Förderung der Errichtung weiterer Hotspots zu verwenden. Um einen möglichst flächendeckenden Ausbau in der Innenstadt zu erreichen, ist die Errichtung und Inbetriebnahme einer Vielzahl weiterer Hotspots nötig. Nach Einschätzung der Verwaltung ist daher auch in den Folgejahren mit weiteren Kosten in diesem Zusammenhang zu rechnen.
			FPA			+ 50.000		0		0			angenommen 8 / 0 / 2
													angenommen **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2017		2018		2019		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	

Diverse Teilhaushalte

	18	Transferaufwendungen											
080	Diverse		BIBS	Keine weitere Aussetzung der "Zuschussdynamisierung" Die so genannte "Dynamisierung" im Bereich der Kontinuitätsförderung wird wieder wie vom Rat für den Haushalt 2015 beschlossen, fortgesetzt. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2017 eingestellt.								dauerh.	
			AfSG	Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat über die Anträge 080, 081, 110 gemeinsam abgestimmt.									
			JHA	+ 183.000									
			AfKW	+ 366.000									
			FPA	+ 457.500									
				+ 457.500									
081	Diverse		DIE LINKE.	Erhöhung von Zuschüssen 1. Die Zuschüsse im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich werden um 3,14% angehoben. 2. Die Zuschüsse für lizenzierte Übungsleiter im Sport werden um 4,1% angehoben. 3. Zum Haushalt 2019 berichtet die Verwaltung anhand der Belegung der Zuschüsse, ob die Erhöhung auch zu Entgeltverbesserungen für alle Beschäftigten im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich geführt hat.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG	Am 19.09.2016 hat die gemeinsame Kommission der LAG der Freien Wohlfahrtspflege, des Verbandes Deutscher Alten- und Behindertenhilfe, des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste, der kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen und des Landes Niedersachsen beschlossen, dass die Vergütungen wie folgt angepasst werden sollen: Personalkosten: + 4,1%, Sachkosten: - 0,7%, Fahrtkosten: - 3,4% Weiter wurde beschlossen, dass die Vergütungspauschale nach § 41 SGB IX um 3,27% angehoben wird. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Personalkosten bei den Zuschüssen durchschnittlich 80% ausmachen, der Sachkostenanteil ca. 20% beträgt und die Fahrtkosten zu vernachlässigen sind, ergibt sich auf Grundlage dieses Beschlusses die Notwendigkeit, dass die Zuschüsse für die freie Wohlfahrtspflege und den Kulturbereich um 3,14% anzuheben sind. Ansonsten werden entweder Leistungen reduziert oder die Entgelte der Beschäftigten reduziert. Beides muss unbedingt vermieden werden. Auf Grundlage von ermittelten Beträgen aus früheren Jahren ist von Kostensteigerungen in 2017 von ca. 200.000 € und in den Folgejahren von ca. 400.000 € auszugehen. Diese Mehrkosten sind durch die Einführung einer Kulturförderabgabe gedeckt. Weiter muss betont werden, dass beim Thema "Dynamisierung der Zuschüsse" der Sport bislang sträflich vernachlässigt wurde. Das muss sich ändern. Die Mehrkosten betragen ca. 3.700 Euro und sind ebenfalls durch die Kulturförderabgabe gedeckt.									
			SpA	+ 203.700									
			JHA	+ 407.400									
			AfKW	+ 407.400									
			FPA	+ 407.400									
				Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat über die Anträge 080, 081, 101 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 080.									

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	Diverse		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich / Wiedereinsetzung der Dynamisierung 1. Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich) wird 2017 wieder eingesetzt. 2. Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2017 pauschal um 3 % erhöht. 3. Für die Folgejahre wird im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren erarbeitet, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelne Fallgruppen ausgeht. Im Haushaltsjahr 2014 konnte die langjährige Diskussion um eine regelmäßige bedarfsgerechte Anpassung von Zuschüssen für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich endlich positiv beendet werden. Auf Beschluss des Rates erhielten die Freien Träger in den Haushaltjahren 2014 und 2015 durch die sogenannte Dynamisierung der Zuschüsse eine größere Planungssicherheit. Im Haushalt Jahr 2016 wurde diese Errungenschaft vorübergehend ausgesetzt – zunächst nur für ein Jahr. Die Verwaltung hat nun vorgeschlagen, die Dynamisierung in den nächsten drei Haushaltsjahren weiter auszusetzen - 2017 und 2018 vollständig, 2019 in halber Höhe. Im Sinne der geförderten Einrichtungen, die zum Teil sogar kommunale Pflichtaufgaben im Auftrag der Stadt erfüllen, sollte diesem Verwaltungsvorschlag nicht gefolgt werden. Stattdessen sollte die Dynamisierung 2017 wieder vollständig eingesetzt und zusätzlich vereinfacht werden. Das bisherige Verfahren mit Einzelfallberechnung für jeden Zuschussempfänger ist zu aufwendig und führt zu keiner größeren Gerechtigkeit als ein pauschaliertes Verfahren, da bei fast keinem Zuschussempfänger 100 % seines Gesamthaushaltes finanziert werden. Es ist deshalb sinnvoll, ein vereinfachtes Verfahren zu entwickeln, wobei immer noch die Werte der gemeinsamen Landeskommision als Basis zugrunde gelegt werden sollten.							dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			AfSG			+ 180.000		+ 360.000		+ 450.000		+ 450.000	
			JHA			+ 180.000		+ 360.000		+ 450.000		+ 450.000	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			AfKW			+ 180.000		+ 360.000		+ 450.000		+ 450.000	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			FPA										abgelehnt 4 / 8 / 1
131 neu	Diverse		SPD	Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich / Wiedereinsetzung der Dynamisierung 1. Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich) wird für 2017 wieder eingesetzt. 2. Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2017 pauschal um 3 % erhöht. 3. Für mögliche Folgejahre wird im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren erarbeitet, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelne Fallgruppen ausgeht. Begründung siehe Ursprungsantrag (FWE 110)								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Der nebenstehende Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag Nr. 110 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde im Rahmen der Beratungen im Finanz- und Personalausschuss gestellt.
			FPA			+ 180.000		+ 180.000		+ 180.000		+ 180.000	
						<u>+ 180.000</u>		<u>+ 180.000</u>		<u>+ 180.000</u>		<u>+ 180.000</u>	angenommen 9 / 4 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2017		2018		2019		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
130 neu	Diverse		FDP FPA	Globale Minderung Der Rat möge beschließen: Die globale Minderung der Haushaltsansätze wird gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung von 1 Mio. Euro auf 3 Mio. Euro erhöht. Das Dezernat III wird davon ausgenommen. Der Haushalt 2017 weist bereits mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Ansätzen ein strukturelles Defizit von rund 30 Mio. Euro auf. Eine solide Haushaltspolitik gebietet einen verantwortungsvollen Umgang mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und muss ihren Blick auch auf die zukünftige Haushaltsentwicklung richten. Ungedeckte Mehrausgaben von 30 Mio. Euro sind deshalb bei einem Haushaltsvolumen von rund 800 Mio. Euro nicht hinnehmbar. Denn diese Belastung stellt auch eine Belastung für die Folgejahre dar, zumal sie zu den in diesen Jahren ebenfalls prognostizierten Defiziten noch hinzukäme. Eine vollständige Einsparung von 30 Mio. Euro ist angesichts der mit diesen Ausgaben verbundenen Maßnahmen nicht auf einmal möglich. Es muss jedoch wenigstens versucht werden, durch eine anteilige, generelle Kürzung der Verwaltungsansätze das strukturelle Defizit mittelfristig zu beseitigen. Indem die betroffenen Dezernate selbst darüber entscheiden, wie sie die Minderung bei sich umsetzen, eröffnet die globale Minderung die Chance zur strukturellen Überarbeitung der Ansätze. Ein Kürzungsanteil von 1 Mio. Euro ist allerdings zu wenig, da dies lediglich 0,125 % des Gesamthaushalts sind. Mit einer Größenordnung von 3 Mio. Euro wird der Druck zu einer durchgreifenden Strukturveränderung erhöht. Indem das Dezernat III von der globalen Minderung ausgenommen wird, soll erreicht werden, dass die wichtigen Maßnahmen, die u. a. die Verbesserung bei Kitas und Schulen, den Bau von Flüchtlingsunterkünften sowie den Wohnungsbau betreffen, uneingeschränkt weiter vorangetrieben werden können.	- 2.000.000	0	0	0	0	abgelehnt 1 / 12 / 0	einmalig	diverse

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017		2018		2019			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Anträge zum Stellenplan

Diverse												
---------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Teilhaushalt Fachbericht 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

122	610-4000	Umweltschutz	BIBS PIUA FPA	Monitoring von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Im Umweltbereich wird eine Stelle eines Biologen geschaffen, der mit Umsetzung / Begleitung / Monitoring von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen von städtischen Bebauungsplänen betraut wird.	*)	*)	*)	*)	*)	dauerh.	abgelehnt 4 / 7 / 2 abgelehnt **)
-----	----------	--------------	-----------------------------	---	----	----	----	----	----	---------	--

Sonderrechnung FB 65 - Hochbau und Gebäudemanagement

118	Diverse	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN BA FPA	Beschleunigung der Gebäudeanierung Für den Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement sind im Stellenplan 2017 fünf zusätzliche Stellen für Ingenieure / Ingenieurinnen zur Bauplanung und –Ausführung aufzunehmen. Die Verwaltung hat in den vergangenen Jahren immer wieder auf Kapazitätsgrenzen im Bereich Hochbau hingewiesen, mit denen die zu langsame Ausführung von Hochbauaufgaben, insbesondere im Bereich der Schulsanierung begründet wurde. Die Verzögerungen bei der Durchführung der Gebäudeanierungen führen sowohl zu Kostensteigerungen wie auch zu verstärkten Schäden an Gebäuden. Der Zustand vieler Schulgebäude ist schon lange nicht mehr zumutbar und muss schneller als bisher verbessert werden. Dafür ist offensichtlich mehr Fachpersonal im Fachbereich 65 erforderlich. Als dafür geeignet erachten wir die Schaffung zusätzlicher Stellen für Ingenieure / Ingenieurinnen. Bereits vor mehr als einem Jahr hat die Verwaltung erklärt, über eine Organisationsuntersuchung der Abläufe zu klären, welche organisatorischen Verbesserungen und welche Stellenausstattung notwendig sind, um zu einer schnelleren Umsetzung der vom Rat beschlossenen Baumaßnahmen zu kommen. Bisher ist diese Untersuchung nicht einmal in Auftrag gegeben worden und es ist auch nicht absehbar, wann dies geschieht, geschweige denn, wann ein Ergebnis vorliegen wird. Deshalb muss jetzt im Vorgriff auf ein mögliches Ergebnis bereits die Stellenausstattung verbessert werden. Der Antrag wurde im Bauausschuss mündlich durch die SPD-Fraktion geändert und lautet wie folgt: "Die beantragten fünf Stellen sind in die Stellenreserve aufzunehmen; die Stellenreserve ist um die beantragten fünf Stellen aufzustocken."	*)	*)	*)	*)	*)	*)	dauerh.	angenommen 6 / 1 / 3 angenommen **)
-----	---------	--	--	----	----	----	----	----	----	---------	--

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 3

Anlage 3 zur Niederschrift

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
	3E.21 NEU	Sporthalle GS Hondelage /Planung Anbau	SB 113	bisher neu	0 10.000	0 0	0 10.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Planung eines zusätzlichen Raumes an die Turnhalle der Grundschule Hondelage (10.000 €) Anmerkung der Verwaltung: siehe auch Zeile 17 des TH 20 (Umsetzung durch FB 65) - 4E.21NEU - Sanierung und Überdachung der Sporthalle Hondelage ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 4/6/0 abgelehnt **)
				SchA BA FPA							
	3E.21 NEU	Jugendzentrum im Osten / Planung	SB 114	bisher neu	0 15.000	0 0	0 15.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Evaluation und Planung eines Jugendzentrums im Osten Braunschweigs (15.000 €); es sollen insbesondere die Aspekte Bedarfsermittlung, Trägerschaft und Räumlichkeiten berücksichtigt werden abgelehnt 0/8/4 abgelehnt **)
				JHA FPA							

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
29		Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen)		35.000	35.000	0	0	0	0	0	
	5S.21 NEU	Sommerbad Waggum / Zusch. Einr. Kleinkinder Wasserspielbereich	SB 112	bisher neu	0 50.000	0 0	0 50.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 50.000 € für die Zahlung eines Zuschusses an die Stadtbad GmbH zur Einrichtung eines Kleinkinder Wasserspielbereiches im Sommerbad Waggum; zur weiteren Finanzierung sollen Sponsoren geworben werden
			FPA	Veränderung	50.000	50.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Derzeit existieren keine Planungen zum Wasserspielareal (Splash Pad); gemäß Stadtbad GmbH ist es möglich, einen Splash Pad zum Preis von 50 TEUR zu bauen. Der Preis hängt natürlich mit z.B. der Größe und /oder der Anzahl an Attraktionen zusammen. Es liegt ein ähnlicher Antrag der SPD (Nr. 115) vor. abgelehnt 2/9/2
115	5S.20 NEU	Freibad Waggum /Errichtung Wasserspritzlandschaft	SPD	bisher neu	0 35.000	0 0	0 35.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 35.000 € für die Zahlung eines Zuschusses zur Errichtung einer Wasserspritzlandschaft im Freibad Waggum; zur weiteren Finanzierung sollen Sponsoren geworben werden
			FPA	Veränderung	35.000	35.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Derzeit existieren keine Planungen zum Wasserspielareal (Splash Pad); gemäß Stadtbad GmbH ist es möglich, einen Splash Pad zum Preis von 50 TEUR zu bauen. Der Preis hängt natürlich mit z.B. der Größe und /oder der Anzahl an Attraktionen zusammen. Es liegt ein ähnlicher Antrag des SB 112 vor. angenommen 13/0/0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden											
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
Sanierung GS Stöckheim											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
	17			0	0	0	0	0	0	0	
	4E.210150	GS Stöckheim / Sanierung	SB 211	bisher neu	780.000 780.000	0 0	60.000 780.000	280.000 0	320.000 0	120.000 0	Vorziehen der Finanzraten für die Sanierung der Grundschule Stöckheim auf das Jahr 2017
				Veränderung	0		720.000	-280.000	-320.000	-120.000	0
				SchA BA FPA	0		720.000	-280.000	-320.000	-120.000	0 angenommen 15/0/1 abgelehnt 3/6/1 Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
	4E.210150	GS Stöckheim / Sanierung	SB 211	bisher neu	3.120.000 3.120.000	0 0	240.000 3.120.000	1.120.000 0	1.280.000 0	480.000 0	Vorziehen der Finanzraten für die Sanierung der Grundschule Stöckheim auf das Jahr 2017
				Veränderung	0		2.880.000	-1.120.000	-1.280.000	-480.000	0
					VE 2018: 1.120.000	VE 2018 neu: 0	VE 2018 Veränderung: -1.120.000				
					VE 2019: 1.280.000	VE 2019 neu: 0	VE 2019 Veränderung: -1.280.000				
				SchA BA FPA	0		2.880.000	-1.120.000	-1.280.000	-480.000	0 angenommen 15/0/1 abgelehnt 3/6/1 Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Einrichtung Ganztagsbetrieb GS Lamme											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
111	4E.210154	GS Lamme / Einr. Ganztagsbetrieb	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	bisher neu	592.600 592.600	311.900 311.900	20.000 280.700	20.000 0	240.700 0	0 0	Vorziehen der Finanzraten für die Einrichtung des Ganztagsbetriebs der Grundschule Lamme auf das Jahr 2017
			Veränderung				260.700	-20.000	-240.700	0	
			SchA	0		260.700	-20.000	-240.700	0	0	angenommen 12/0/4
			JHA	0		260.700	-20.000	-240.700	0	0	angenommen 12/1/2
			BA	0		260.700	-20.000	-240.700	0	0	angenommen 6/4/0
			FPA								Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
111	4E.210154	GS Lamme / Einr. Ganztagsbetrieb	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	bisher neu	1.945.400 1.945.400	822.600 822.600	80.000 1.122.800	80.000 0	962.800 0	0 0	Vorziehen der Finanzraten für die Einrichtung des Ganztagsbetriebs der Grundschule Lamme auf das Jahr 2017
			Veränderung				1.042.800	-80.000	-962.800	0	
			SchA	0		1.042.800	-80.000	-962.800	0	0	angenommen 12/0/4
			JHA	0		1.042.800	-80.000	-962.800	0	0	angenommen 12/1/2
			BA	0		1.042.800	-80.000	-962.800	0	0	angenommen 6/4/0
			FPA								Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Ausbau der GS Stöckheim zur OGS etc.											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
				0	0	0	0	0	0	0	
	4E.21 NEU	GS Stöckheim / Einr. GTB und Erw.	SB 211	bisher neu	0 680.000	0 0	0 680.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel zum Ausbau der GS Stöckheim zu einer OGS sowie um die Kapazitäten der GS zu erweitern; zur Zeit entstehen die Baugebiete Rapskamp in Leiferde sowie Stöckheim Süd und ein weiteres Gebiet Trakehnenstraße Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung: 3,4 Mio. € (davon 20 % für Mobiliar - Festwertaufwand) angenommen 16/0/0 keine Abstimmung; Behandlung erfolgt im Schulausschuss angenommen 6/4/0 Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1
				Veränderung	680.000	680.000	0	0	0	0	
				SchA JHA BA FPA	680.000 680.000	680.000 680.000	0 0	0 0	0 0	0 0	
	26 Baumaßnahmen (Veränderungen)										
				0	0	0	0	0	0	0	
	4E.21 NEU	GS Stöckheim / Einr. GTB und Erw.	SB 211	bisher neu	0 2.720.000	0 0	0 2.720.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel zum Ausbau der GS Stöckheim zu einer OGS sowie um die Kapazitäten der GS zu erweitern; zur Zeit entstehen die Baugebiete Rapskamp in Leiferde sowie Stöckheim Süd und ein weiteres Gebiet Trakehnenstraße Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung: 3,4 Mio. € (davon 20 % für Mobiliar - Festwertaufwand) angenommen 16/0/0 keine Abstimmung; Behandlung erfolgt im Schulausschuss angenommen 6/4/0 Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1
				Veränderung	2.720.000	2.720.000	0	0	0	0	
				SchA JHA BA FPA	2.720.000 2.720.000	2.720.000 2.720.000	0 0	0 0	0 0	0 0	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Einrichtung GTB an der GS Lehndorf											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0		0	0	0	0	0	
4E.21 NEU	GS Lehndorf /Einrichtung Ganztagsbetrieb	SB 321	bisher neu	0 480.000	0 0	0 200.000	0 280.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Errichtung und den Betrieb des Ganztagsbetriebes an der Grundschule Lehndorf ab 2017 ff
			Veränderung	480.000		200.000	280.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Bei einem Umbau im Bestand ist mit Kosten zwischen 0,2 Mio. € und 1,5 Mio. € zu rechnen; bei einem Erweiterungsbau liegen die Kosten je nach Raumprogramm zwischen 1,5 Mio. € und 2,4 Mio. € Es liegt ein vergleichbarer Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor.
			SchA JHA	480.000 480.000		200.000 200.000	280.000 280.000	0 0	0 0	0 0	angenommen 13/3/0 Die Abstimmung erfolgt mit dem Antrag des Stadtelternrates 16-03440 und dem Antrag 16-03482. abgelehnt 2/7/1 Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1
113	4E.21 NEU	GS Lehndorf /Einrichtung Ganztagsbetrieb	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	bisher neu	0 480.000	0 0	0 200.000	0 280.000	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Errichtung eines Ganztagsbetriebs an der Grundschule Lehndorf, die Fertigstellung der Maßnahmen soll bis zum Schuljahresbeginn 2019 erfolgen.
			Veränderung	480.000		200.000	280.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Bei einem Umbau im Bestand ist mit Kosten zwischen 0,2 Mio. € und 1,5 Mio. € zu rechnen; bei einem Erweiterungsbau liegen die Kosten je nach Raumprogramm zwischen 1,5 Mio. € und 2,4 Mio. € Es liegt ein vergleichbarer Antrag des SB 321 vor.
			SchA JHA	480.000 480.000		200.000 200.000	280.000 280.000	0 0	0 0	0 0	angenommen 13/3/0 Die Abstimmung erfolgt mit dem Antrag des Stadtelternrates 16-03440 und dem Antrag 16-03482. angenommen 5/4/1 Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
4E.21 NEU	GS Lehndorf /Einrichtung Ganztagsbetrieb	SB 321	bisher neu	0 1.920.000	0 800.000	0 1.120.000	0 0	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Errichtung und den Betrieb des Ganztagsbetriebes an der Grundschule Lehndorf ab 2017 ff
			Veränderung	1.920.000	800.000	1.120.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Bei einem Umbau im Bestand ist mit Kosten zwischen 0,2 Mio. € und 1,5 Mio. € zu rechnen; bei einem Erweiterungsbau liegen die Kosten je nach Raumprogramm zwischen 1,5 Mio. € und 2,4 Mio. €
					VE 2018: SchA JHA	0 1.920.000 0	VE 2018 neu: 800.000 1.120.000	VE 2018 Veränderung: 0 0 0	1.120.000		Es liegt ein vergleichbarer Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor.
											angenommen 13/30 Die Abstimmung erfolgt mit dem Antrag des Stadtelternrates 16-03440 und dem Antrag 16-03482. abgelehnt 2/7/1
											Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1
113	4E.21 NEU	GS Lehndorf /Einrichtung Ganztagsbetrieb	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	bisher neu	0 1.920.000	0 800.000	0 1.120.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Errichtung eines Ganztagsbetriebs an der Grundschule Lehndorf, die Fertigstellung der Maßnahmen soll bis zum Schuljahresbeginn 2019 erfolgen.
			Veränderung	1.920.000	800.000	1.120.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Bei einem Umbau im Bestand ist mit Kosten zwischen 0,2 Mio. € und 1,5 Mio. € zu rechnen; bei einem Erweiterungsbau liegen die Kosten je nach Raumprogramm zwischen 1,5 Mio. € und 2,4 Mio. €
					VE 2018: SchA JHA	0 1.920.000 0	VE 2018 neu: 800.000 1.120.000	VE 2018 Veränderung: 0 0 0	1.120.000		Es liegt ein vergleichbarer Antrag des SB 321 vor.
											angenommen 13/3/0 Die Abstimmung erfolgt mit dem Antrag des Stadtelternrates 16-03440 und dem Antrag 16-03482. angenommen 5/4/1
											Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Einrichtung weiterer Ganztagsgrundschulen											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
114	4S.210086	Grundschulen/Eintr. Ganztagsb.	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	bisher neu	2.400.000 2.400.000	0 0	0 400.000	400.000 400.000	400.000 400.000	1.200.000 1.200.000	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Einrichtung von mindestens zwei zusätzlichen Ganztagsgrundschulen pro Jahr ab 2018
			Veränderung		0		0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Die im IP-Entwurf für 2018 ff. jährlich eingeplanten Haushaltssmittel - gesamt 12 Mio. € - reichen aus, um die Finanzierung der im Jahr 2017 zu planenden Baumaßnahmen sicherzustellen. Bei Bedarf können die Haushaltssmittel im Zuge der Haushaltsplanaufstellung 2018 vorgezogen werden, wenn die Standorte und die Baukosten im Einzelnen feststehen.
			SchA								Für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird der Antrag von Frau Naber zurückgezogen. angenommen 10/1/3 abgelehnt 2/7/1 Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0		0	0	0	0	
114	4S.210086	Grundschulen/Eintr. Ganztagsb.	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	bisher neu	9.600.000 9.600.000	0 0	0 1.600.000	1.600.000 1.600.000	1.600.000 1.600.000	4.800.000 4.800.000	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Einrichtung von mindestens zwei zusätzlichen Ganztagsgrundschulen pro Jahr ab 2018
			Veränderung		0		0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Die im IP-Entwurf für 2018 ff. jährlich eingeplanten Haushaltssmittel - gesamt 12 Mio. € - reichen aus, um die Finanzierung der im Jahr 2017 zu planenden Baumaßnahmen sicherzustellen. Bei Bedarf können die Haushaltssmittel im Zuge der Haushaltsplanaufstellung 2018 vorgezogen werden, wenn die Standorte und die Baukosten im Einzelnen feststehen.
			SchA								Für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird der Antrag von Frau Naber zurückgezogen. angenommen 10/1/3 abgelehnt 2/7/1 Der Antrag wird mit Hinweis auf die Prioritätenliste der Verwaltung für Hochbaumaßnahmen (DS 17-03794) für erledigt erklärt: 11/1/1
			JHA BA FPA		0		0	0	0	0	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Beschaffung Container für die GS Edith Stein (Schulkindbetreuung)											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
112	17	4E.21 NEU GS Edith Stein / Beschaffung Container	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN			0	0	0	0	0	
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 240.000 € für die Beschaffung und Aufstellung eines Betreuungspavillon für die Schulkindbetreuung (hier: Anteil Mobiliarkäufe)
			neu	48.000	0	48.000	0	0	0	0	
			Veränderung	48.000		48.000	0	0	0	0	
			SchA	48.000		48.000	0	0	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Zum FPA soll die Verwaltung darstellen, ob es der Aufstellung eines Raumcontainers an der GS Edith Stein bedarf oder ob es eine andere alternative Lösungsmöglichkeit gibt.
			JHA	48.000		48.000	0	0	0	0	angenommen 12/03 Der Antrag wurde im JHA ergänzt. Alternativ soll von der Verwaltung eine bauliche Lösung bis zum FPA vorgelegt werden.
			BA FPA	48.000		48.000	0	0	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Der Antrag wird von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zurückgezogen.
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
112	26	4E.21 NEU GS Edith Stein / Beschaffung Container	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN			0	0	0	0	0	
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 240.000 € für die Beschaffung und Aufstellung eines Betreuungspavillon für die Schulkindbetreuung (hier: Anteil Anschaffungskosten Container)
			neu	192.000	0	192.000	0	0	0	0	
			Veränderung	192.000		192.000	0	0	0	0	
			SchA	192.000		192.000	0	0	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Zum FPA soll die Verwaltung darstellen, ob es der Aufstellung eines Raumcontainers an der GS Edith Stein bedarf oder ob es eine andere alternative Lösungsmöglichkeit gibt.
			JHA	192.000		192.000	0	0	0	0	angenommen 12/03 Der Antrag wurde im JHA ergänzt. Alternativ soll von der Verwaltung eine bauliche Lösung bis zum FPA vorgelegt werden.
			BA FPA	192.000		192.000	0	0	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Der Antrag wird von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zurückgezogen.

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Ergänzung d. sanitären Anlagen Sinti-Platz Madamenweg											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
					0	0	0	0	0	0	
	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 221	bisher neu	4.531.300 4.573.300	3.451.300 3.451.300	270.000 312.000	270.000 270.000	270.000 270.000	270.000 270.000	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Ergänzung der sanitären Einrichtungen "Am Sinti-Platz (Madamenweg)" um mindestens eine Frischwasserzuleitung sowie eine dementsprechend ausreichend dimensionierte Abwasserleitung nebst geeigneter Zapfstellen und Winterfestmachung am Ort Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung: 42.000 € - es liegt hierzu auch ein gleichlautender Antrag der Fraktion "BIBS" vor AfSG BA FPA
				Veränderung	42.000		42.000	0	0	0	 Behandlung wird auf die nächste Sitzung verschoben ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Die Verwaltung wird beauftragt, den Sachverhalt zu prüfen. Beschluss zum Prüfauftrag: 13/0/0
82	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	BIBS	bisher neu	4.531.300 4.573.300	3.451.300 3.451.300	270.000 312.000	270.000 270.000	270.000 270.000	270.000 270.000	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Legung von Frisch- und Abwasserleitungen in ausreichender Anzahl und adäquater Ausstattung (winterfest) "Am Sinti-Platz (Madamenweg 94)" - Ergänzung und Sanierung der vorhandenen sanitären Anlagen Anmerkung der Verwaltung: Die BIBS hat einen finanzunwirksamen Antrag gestellt, der aufgrund der Kostenschätzung der Verwaltung als finanzwirksam angesehen wurde Kostenschätzung der Verwaltung: 42.000 € Über den Antrag muss nicht abgestimmt werden, da bereits ein gleichlautender Antrag des SB 221 vorliegt. AfSG BA FPA
				Veränderung	42.000		42.000	0	0	0	 Behandlung wird auf die nächste Sitzung verschoben ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Die Verwaltung wird beauftragt, den Sachverhalt zu prüfen. Beschluss zum Prüfauftrag: 13/0/0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Einrichtung einer zusätzlichen Kindertengruppe im Stadtbezirk 132											
Zusätzliche Haushaltsmittel für die Einrichtung einer zusätzlichen Kindertengruppe oder zumindest einer kleinen Kindertengruppe im Stadtbezirk 132											
Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung für einen Anbau / Neubau: 650.000 €; zusätzlich entstehen jährliche Kosten zur Förderung von Kindertagesstätten; es ist aber nicht bekannt, welche Kita für eine Erweiterung in Frage kommt, daher sind ggf. auch Grundstücksfragen zu klären und ggf. Grundstückskosten zu finanzieren											
Die unterdurchschnittliche Versorgungsquote im Kindergartenbereich im Stadtbezirk 132 ist hinlänglich bekannt. Unabhängig von der Betrachtung einzelner Stadtbezirke ergibt sich mit Blick auf die gesamtstädtische Versorgungssituation kein Handlungsbedarf, da in den lfd. Kindergartenjahren freie Plätze zur Verfügung standen und stehen. Aktuell werden im Rahmen der jährlichen Angebotsanpassungen keine neuen Plätze geschaffen. Lediglich die sich aus den Neubaugebieten ergebenden Bedarfe werden durch zusätzliche Betreuungsplätze bedient.											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
	5E.21 NEU	Stadtbezirk 132 / Einr. zusätzliche Kindertengruppe	SB 132	bisher neu	0 130.000	0 0	0 130.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für die Einrichtung einer zusätzlichen Kindertengruppe oder zumindest einer kleinen Kindertengruppe im Stadtbezirk 132 abgelehnt 0/10/4 abgelehnt 2/6/2 abgelehnt **)
			JHA BA FPA	Veränderung	130.000	130.000	0	0	0	0	
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)											
	5E.21 NEU	Stadtbezirk 132 / Einr. zusätzliche Kindertengruppe	SB 132	bisher neu	0 520.000	0 0	0 520.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für die Einrichtung einer zusätzlichen Kindertengruppe oder zumindest einer kleinen Kindertengruppe im Stadtbezirk 132 abgelehnt 0/10/4 abgelehnt 2/6/2 abgelehnt **)
			JHA BA FPA	Veränderung	520.000	520.000	0	0	0	0	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Neu- und Umbau Feuerwehrhaus Stöckheim											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0	0	0	0	0	0	0	
	4E.21 NEU	Feuerwehrhaus Stöckheim/ Neu- und Umbau	SB 211	bisher neu	0 200.000	0 0	0 200.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für eine neue Fahrzeughalle der Feuerwehr Stöckheim sowie zusätzliche Haushaltssmittel für den bedarfsgerechten Umbau des alten Feuerwehrgebäudes; für beide Maßnahmen sind 600.000 € in den Haushalt 2017 einzustellen (Grundlage: Bericht der Feuerwehr-Unfallkasse von 2012)
				Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die einzustellenden Haushaltssmittel würden mit 200.000 € für den Umbau des alten Feuerwehrgebäudes und mit 400.000 € für den Neubau des Feuerwehrgebäudes vorgesehen werden. Die beantragten Haushaltssmittel sind noch hinsichtlich ihrer Auskömmlichkeit nach einer Planung zu überprüfen. Daher konnte die Aufteilung der beantragten Mittel in Neu- und Umbaukosten nur überschlägig erfolgen. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 2/7/1 abgelehnt **)
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
	4E.21 NEU	Feuerwehrhaus Stöckheim/ Neu- und Umbau	SB 211	bisher neu	0 400.000	0 0	0 400.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für eine neue Fahrzeughalle der Feuerwehr Stöckheim sowie zusätzliche Haushaltssmittel für den bedarfsgerechten Umbau des alten Feuerwehrgebäudes; für beide Maßnahmen sind 600.000 € in den Haushalt 2017 einzustellen (Grundlage: Bericht der Feuerwehr-Unfallkasse von 2012)
				Veränderung	400.000		400.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die einzustellenden Haushaltssmittel würden mit 200.000 € für den Umbau des alten Feuerwehrgebäudes und mit 400.000 € für den Neubau des Feuerwehrgebäudes vorgesehen werden. Die beantragten Haushaltssmittel sind noch hinsichtlich ihrer Auskömmlichkeit nach einer Planung zu überprüfen. Daher konnte die Aufteilung der beantragten Mittel in Neu- und Umbaukosten nur überschlägig erfolgen. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 2/7/1 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
sonstige Maßnahmen											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0		0	0	0	0	0	
	4E.21 NEU	Sporthalle GS Hondelage /San. und Überdachung	SB 113	bisher neu	0 750.000	0 0	0 750.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Sanierung der Turnhalle der Grundschule Hondelage sowie für die Schaffung einer Überdachung Anmerkung der Verwaltung: Einschließlich der gewünschten Überdachung einer der Nebeneingänge für eine Nutzung als "Verkaufsstand" bei Sportveranstaltungen werden grobe Kosten zwischen 500 TEUR und 750 TEUR für eine Sanierung der Schulsporthalle GS Hondelage geschätzt. Genaue Kosten können erst nach einer Planung genannt werden. siehe auch Zeile 17 des TH 20 - 3E.21 NEU (Planung des Anbaus eines zusätzlichen Raumes) ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 4/6/0 (der Antrag wird für erledigt erklärt, da bereits der Teilantrag auf Planung des Anbaus an die Turnhalle - siehe Seite 1 - abgelehnt wurde) abgelehnt **)
	4E.21 NEU	Gemeinschaftshaus Geitelde /Sanierung	SB 222	bisher neu	0 300.000	0 0	0 300.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 300.000 € für die Sanierung des Gemeinschaftshauses Geitelde für das Haushaltsjahr 2017; es sollen insbesondere die alten Fenster ersetzt und das Dach neu gedeckt werden abgelehnt 1/8/1 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 211	bisher neu	4.531.300 4.631.300	3.451.300 3.451.300	270.000 370.000	270.000 270.000	270.000 270.000	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € für 2017 für das alte Feuerwehrhaus in Leiferde für infrastrukturelle Maßnahmen der Nahversorgung - Post, Bäcker, Bank, Wäschedienst etc.; medizinischer Versorgung sowie für soziale Begegnungen und Beratung im Ortsteil Leiferde (u.a. auch Altenhilfe)
				Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Im Jahre 2015 gab es mehrere Bestrebungen aus den Reihen des Stadtbezirksrates 211, das alte Feuerwehrhaus für infrastrukturelle Maßnahmen des Stadtteils Leiferde nach zu nutzen. Ein Nutzungskonzept für das Gebäude liegt nicht vor; konkrete Interessenten, die das Gebäude für infrastrukturelle Maßnahmen der Nahversorgung nutzen wollen, sind nicht bekannt.
											abgelehnt 0/8/3 abgelehnt 2/8/0 abgelehnt **)
<hr/>											
	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 323	bisher neu	4.531.300 4.538.300	3.451.300 3.451.300	270.000 277.000	270.000 270.000	270.000 270.000	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für die besondere Sicherung der Zwischentür zur Bezirksgeschäftsstelle Wenden vom Warteraum aus, um die Rampe am hinteren Gebäude dauerhaft für den Zugang zur Poststelle offen halten zu können sowie zusätzliche Haushaltsmittel, um auch der Post eine Öffnung der Pforte an der Rampe von deren Geschäftsräumen aus zu ermöglichen
				Veränderung	7.000		7.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung: 7.000 €
											abgelehnt 1/6/3 abgelehnt **)
<hr/>											
	4S.210036	FB 20:Programm Instand. Städ.Kitas/San.	SB 323	bisher neu	7.687.468 7.691.468	5.107.468 5.107.468	645.000 649.000	645.000 645.000	645.000 645.000	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 in Höhe von 4.000 € für die Sanierung des alten Fußbodens in der Bewegungshalle der Kita Schunterarche
				Veränderung	4.000		4.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: aktuelle Kostenschätzung der Verwaltung: 4.600 €
											Der Antrag wird für erledigt erklärt, da vorhandene Globalmittel verwendet werden sollen. abgelehnt 2/6/2 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	4S.210036	FB 20:Programm Instand. Städt.Kitas/San.	SB 323	bisher neu	7.687.468 8.191.468	5.107.468 5.107.468	645.000 1.149.000	645.000 645.000	645.000 645.000	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung der Kita Wenden (Erneuerung des Daches; Erneuerung der Fenster in den Waschräumen der Kinder, im Personaltrakt: Küche, WC, Personalraum, Büro und den beiden Abstellräumen; Einbau einer Rampe an der Eingangstür, Einbau eines zusätzlichen Fensters in der Hasengruppe) Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung für Fensterersatz, Dachsanierung und Rampenbau: 504.000 €; 450 TEUR für das Dach sind bereits im HH-Jahr 2020 beim Projekt 4E.210187 veranschlagt. abgelehnt 0/9/5 abgelehnt 2/6/2 abgelehnt **)
				Veränderung	504.000	504.000	0	0	0	0	
				JHA BA FPA							
	4S.210051	FB 20: Brandschutzmaßnahmen	SB 211	bisher neu	15.464.900 15.514.900	4.200.900 4.200.900	2.264.000 2.314.000	3.000.000 3.000.000	3.000.000 3.000.000	3.000.000 3.000.000	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 in Höhe von 50.000 € für Brandschutzmaßnahmen am Rokoko-Pavillon in Stöckheim (z.B. für die Errichtung eines zweiten Rettungsweges über eine abnehmbare Rutsche) abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)
				Veränderung	50.000	0	50.000	0	0	0	
				BA FPA							
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0	0	0	0	0	0	0	
	5E.210144	Feuerwehrhaus Timmerlah/ Neubau	SB 222	bisher neu	700.000 900.000	0 0	0 0	0 450.000	500.000 450.000	200.000 0	Vorziehen der Finanzraten für den Neubau des Feuerwehrhauses Timmerlah von 2020/2021 auf die Jahre 2018/2019 sowie Erhöhung der Haushaltsmittel um 200.000 €; für die Jahre 2018 und 2019 sind jeweils 450.000 € einzustellen ohne Beschlussempfehlung passieren lassen ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 0/9/4
				Veränderung	200.000	0	450.000	450.000	-500.000	-200.000	
				FwA BA FPA	200.000	0	450.000	450.000	-500.000	-200.000	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5E.210145 NEU 5E.67 NEU	Sportgeb. Lamme / Erweiterung Umkleidek.	SB 321	bisher neu	300.000 300.000	0 0	0 300.000	300.000 0	0 0	0 0	Vorziehen der Finanzrate für die Erweiterung des Funktionsgebäudes Sportanlage Lamme von 2018 auf das Jahr 2017
				Veränderung	0	300.000	-300.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Hierzu gibt es eine gleichlautende Ansatzveränderung der Verwaltung.
				SpA BA	0 0	300.000 300.000	-300.000 -300.000	0 0	0 0	0 0	angenommen 11/0/0 angenommen 10/0/0
				FPA							Anmerkung der Verwaltung Die finanzielle Auswirkung des Antrages wird hier nicht eingerechnet, da sie bereits in der Liste der Ansatzveränderung der Verwaltung berücksichtigt wurde. Der Antrag wird mit Hinweis auf die Ansatzveränderungen der Verwaltung für erledigt erklärt. Beschluss: 13/0/0
	5E.21 NEU	IGS Franzsches Feld /Vorplatzgestaltung	SB 120/132	bisher neu	0 160.000	0 0	0 160.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 für die Vorplatzgestaltung IGS Franzsches Feld in enger Absprache mit der Schule
				Veränderung	160.000	160.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Der Vorplatz und die übrigen Außenanlagen können erst nach der Sanierung der Schulgebäude etwa ab 2019 für andere Baumaßnahmen genutzt werden. Bis dahin müssen die Bau- und Monteurfahrzeuge das Grundstück befahren können. Ein vorher saniert Vorplatz müsste mit hohem Aufwand geschützt werden. Im Übrigen sind die Mittel für die Außenanlagen bereits im Investitionsprogramm ab 2019 im Projekt 4E.210144 (Sanierung IGS Franzsches Feld) eingeplant.
				SchA BA FPA							abgelehnt 0/16/0 abgelehnt 0/8/2 abgelehnt **)
	5E.21 NEU	Jugendzentrum "Okeraue" in Watenbüttel / Neubau	SB 321	bisher neu	0 0	0 0	*))	0 *)	0 *)	0 *)	Zusätzliche Haushaltsmittel für das Jahr 2017 für die Planung und Realisierung eines Jugendzentrums in Watenbüttel, auf der dafür vorgesehenen Vorbehaltfläche im Baugebiet "Okeraue"
				Veränderung	0	0	*)	*)	*)	*)	Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung steht noch aus
				JHA BA FPA							abgelehnt 0/9/5 abgelehnt 1/6/3 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5E.21 NEU	IGS Querum / Ersatz der alten Sporthalle	SB 112	bisher neu	0 0	0 *)	0 *)	0 *)	0 *)	0 *)	Zusätzliche Haushaltsmittel für den Ersatz der vorhandenen 1-Feld-Sporthalle der IGS Querum mindestens durch eine 2-Feld-Sporthalle, der Ersatzbau soll auf dem Gelände der IGS oder in der Nähe, z. B. Dibbesdorfer Str. stattfinden; der Stadtbezirksrat bittet zu prüfen, zu welchem Termin eine der Schule entsprechende Sporthalle gebaut werden kann. Anmerkung der Verwaltung: Planungskosten: 250.000 €; Die Gesamtbaukosten können erst nach Grundlagenermittlung und Kostenberechnung genannt werden; derzeit wird in Lehndorf eine Zweifeld-Sporthalle für rd. 4,9 Mio. € errichtet
				Veränderung	0	*)	*)	*)	*)	*)	abgelehnt 0/7/9 abgelehnt 2/7/1 abgelehnt **)
				SchA BA FPA							
83	5E.21 NEU	6. IGS /Einrichtung	DIE LINKE.	bisher neu	0 0	0 *)	0 *)	0 *)	0 *)	0 *)	Zusätzliche Haushaltsmittel für die Einrichtung einer weiteren integrierten Gesamtschule gemäß dem niedersächsischen Schulgesetz bis spätestens zum Schuljahresbeginn 2018/2019 Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung steht noch aus
				Veränderung	0	*)	*)	*)	*)	*)	abgelehnt 3/10/2 abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)
				SchA BA FPA							
	5S.210031	FB 20: Global-Baumaßnahmen Kinder Jugend	SB 323	bisher neu	117.000 123.000	52.200 52.200	16.200 22.200	16.200 16.200	16.200 16.200	16.200 16.200	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 in Höhe von 6.000 € für die Erstellung eines Holzgartenhauses für die Kita Schunterarche zur Unterbringung und Nutzung der Werkbank; die Nutzung der bisherigen Räumlichkeiten in der Liegenschaft Thunstraße 15 wurde gekündigt Anmerkung der Verwaltung: aktuelle Kostenschätzung der Verwaltung: 6.800 €
				Veränderung	6.000	6.000	0	0	0	0	abgelehnt 0/10/4 abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)
				JHA BA FPA							

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 51 Kinder, Jugend und Familie											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0	0	0	0	0	0	0	
	4S.510005	FB 51: Instandhaltung Betriebstr Kitas	SB 323	bisher neu	712.400 716.400	504.800 504.800	51.900 55.900	51.900 51.900	51.900 51.900	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für 2017 in Höhe von 4.000 € für das Instandsetzen und Streichen der Schrankwandtüren in der Halle der Kita Schunterarche
				Veränderung	4.000		4.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: aktuelle Kostenschätzung der Verwaltung: 4.600 €
				JHA FPA							abgelehnt 0/11/3 abgelehnt **)
	5S.510008	FB 51: GVG Einricht. Betriebstr. Kita FW	SB 323	bisher neu	75.400 76.100	50.200 50.200	6.300 7.000	6.300 6.300	6.300 6.300	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für 2017 in Höhe von 610 € für die Anschaffung und Montage einer Malwand aus Edelstahlblech mit Abtropfrinne und Papierrollenhalter in einer Krippengruppe der Kita Schunterarche
				Veränderung	700		700	0	0	0	abgelehnt 0/11/3 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 0600 - Baureferat											
Wohnraum / Schaffung preiswerten Wohnraums											
Zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 2 Mio. € für die Jahre 2017-2019 zur Schaffung von preiswertem Wohnraum; zur Schaffung zusätzlichen preiswerten Wohnraums soll die Stadt Braunschweig ein eigenes kommunales Wohnraumförderprogramm erstellen;											
Falls an Braunschweig fließende Förderprogramme von Bund und Land die Grenze von 3 Mio. € pro Jahr überschreiten, sollen die kommunalen Mittel entsprechend reduziert werden. Damit sollte bei entsprechender Bundes- und Landesförderung das Wohnbauförderprogramm für preiswerten Wohnraum in Braunschweig 5 Mio. € erreichen.											
Anmerkung der Verwaltung: Ein Konzept wird derzeitig von der Verwaltung erarbeitet, so dass eine Aufteilung der Haushaltsmittel auf investive Maßnahmen bzw. Aufwandsmaßnahmen und die Jahre 2017 - 2019 derzeit nicht möglich ist. Die Verwaltung hat für 2017 eine Ansatzveränderung der Verwaltung für Sachkosten in Höhe von 450.000 € und für Personalkosten in Höhe von 68.000 € vorgesehen. Mit diesen Geldern können in 2017 die weiteren Schritte zur Schaffung preiswerten Wohnraums eingeleitet werden.											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) 0 0 0 0 0 0											
116	4S.00 NEU	Wohnraum / Schaffung preiswerten Wohnraums	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bisher neu	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	
			Veränderung		0	*)	*)	*)	*)	*)	
			AfSG		0	*)	*)	*)	*)	*)	*) ohne Beschlussfassung passieren lassen
			PIUA		0	*)	*)	*)	*)	*)	*) ohne Beschlussfassung passieren lassen
			FPA								Der Antrag wird mit Hinweis auf die Ansatzveränderungen der Verwaltung für erledigt erklärt. Beschluss: 13/0/0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
116	4S.00 NEU	Wohnraum / Schaffung preiswerten Wohnraums	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		0	0	0	0	0	0	
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0))))))	
			AfSG	0))))))	*) ohne Beschlussfassung passieren lassen
			PIUA	0))))))	*) ohne Beschlussfassung passieren lassen
			FPA								Der Antrag wird mit Hinweis auf die Ansatzveränderungen der Verwaltung für erledigt erklärt. Beschluss: 13/0/0
Wohnraum / Ankauf von Wohnungsbindungsrechten											
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
117	5S.00 NEU	Wohnraum / Ankauf von Wohnungsbindungsrechten	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		0	0	0	0	0	0	Zusätzliche Haushaltssmittel für den Ankauf von Bindungsrechten aus dem derzeitigen Wohnungsbestand für mindestens 500 Wohneinheiten bis 2020
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0))))))	Anmerkung der Verwaltung: Ein Konzept wird derzeitig von der Verwaltung erarbeitet, so dass eine Aufteilung der Haushaltssmittel auf investive Maßnahmen bzw. Aufwandsmaßnahmen und die Jahre 2017 - 2019 derzeit nicht möglich ist. Die Verwaltung hat für 2017 eine Ansatzveränderung der Verwaltung für Sachkosten in Höhe von 450.000 € und für Personalkosten in Höhe von 68.000 € vorgesehen. Mit diesen Geldern können in 2017 die weiteren Schritte zur Schaffung preiswerten Wohnraums eingeleitet werden.
			AfSG	0))))))	*) ohne Beschlussfassung passieren lassen
			PIUA	0))))))	*) ohne Beschlussfassung passieren lassen
			FPA								Der Antrag wird mit Hinweis auf die Ansatzveränderungen der Verwaltung für erledigt erklärt. Beschluss: 13/0/0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Mittelbereitstellung für das "Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen in Braunschweig"											
Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 ff für ein ergänzendes kommunales Förderprogramm sowie für den Ankauf und die mögliche Reaktivierung von Mietpreis- und Belegungsbindungen;											
Im Rahmen des Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen soll die Verwaltung die Größenordnung an Wohnungen abschätzen, für die die Wohnungsbaugesellschaften und weitere Investoren im Jahr 2017 und in den Folgejahren Anträge für das Wohnbauförderprogramm von Bund und Land, insbesondere für das vom Bund angekündigte zusätzliche Bundesprogramm, stellen werden und in welchem Umfang Mittel abgerufen werden können.											
Anmerkung der Verwaltung: Ein Konzept wird derzeitig von der Verwaltung erarbeitet, so dass eine Aufteilung der Haushaltsmittel auf investive Maßnahmen bzw. Aufwandsmaßnahmen und die Jahre 2017 ff derzeit nicht möglich ist. Die Verwaltung hat für 2017 eine Ansatzveränderung der Verwaltung für Sachkosten in Höhe von 450.000 € und für Personalkosten in Höhe von 68.000 € vorgesehen. Mit diesen Geldern können in 2017 die weiteren Schritte zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums eingeleitet werden.											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
124	5S.00 NEU	bezahlbares Wohnen / Ankauf und Reaktivierung von Mietpreis- und Belegungsbindungen	SPD	bisher neu	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	
			Veränderung		0	*)	*)	*)	*)	*)	*)
			AfSG PIUA FPA		0 0 0	*) *) *)	*) *) *)	*) *) *)	*) *) *)	*) *)	*) nicht im AfSG behandelt *) angenommen 10/03 Der Antrag wird mit Hinweis auf die Ansatzveränderungen der Verwaltung für erledigt erklärt. Beschluss: 13/0/0
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
124	5S.00 NEU	bezahlbares Wohnen / Ankauf und Reaktivierung von Mietpreis- und Belegungsbindungen	SPD	bisher neu	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	
			Veränderung		0	*)	*)	*)	*)	*)	*)
			AfSG PIUA FPA		0 0 0	*) *) *)	*) *) *)	*) *) *)	*) *) *)	*) *)	*) nicht im AfSG behandelt *) angenommen 10/03 Der Antrag wird mit Hinweis auf die Ansatzveränderungen der Verwaltung für erledigt erklärt. Beschluss: 13/0/0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege											
Abschaffung Zuschüsse private Denkmäler und Borek-Stiftung											
Anmerkung der Verwaltung: Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltssmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - in der Regel Beträge von 3.000 bis 5.000 € - stehen in allen Fällen größeren private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist somit nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Als Richtwert kann man von einem Verhältnis 1:10 (Fördersumme : private Investition) ausgehen. D.h. der relativ kleine Förderbetrag führt zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Sollte die Fördersumme entfallen, hat Ref. 0610 als untere Denkmalbehörde keine Möglichkeiten Baumaßnahmen an Denkmälern eigenständig zu fördern und verlöre damit ein wichtiges Motivationsinstrument. Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden.											
Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
10 0 0 0 0 0											
84	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE.	bisher neu	217.500 84.300	84.300 84.300	33.300 0	33.300 0	33.300 0	33.300 0	Wegfall des Projektes "Zuschüsse für private Denkmäler" (Gesamteinnahmen jährlich: 33.300 €; Gesamtausgaben jährlich 100.000 €)
				Veränderung	-133.200		-33.300	-33.300	-33.300	-33.300	abgelehnt 1/10/2 abgelehnt **)
				PIUA FPA							

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				0		0	0	0	0	0	
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
84	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	DIE LINKE.								
			bisher	653.000	253.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Wegfall des Projektes "Zuschüsse für private Denkmäler" (Gesamteinnahmen jährlich: 33.300 €; Gesamtausgaben jährlich 100.000 €)
			neu	253.000	253.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-400.000		-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	0	
			PIUA FPA								abgelehnt 1/10/2 abgelehnt **)
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
17				50.000		50.000	0	0	0	0	
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit											
	3E.61 NEU	Marktplatz Volkmarode-Nord /Planung d. Gestaltung	SB 114								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Zusätzliche Planungsmittel in Höhe von 15.000 € für die Einsetzung eines Projektentwicklers Marktplatz im Gebiet Volkmarode-Nord; auch unter Einbeziehung eines möglichen Baus einer Flüchtlingsunterkunft soll Ziel des Auftrags die Gestaltung des Marktplatzbereichs, die Verkehrsanbindung (Parkplatzsituation) und die Ansiedlung von Nahversorgern für die wachsende Einwohnerzahl in Volkmarode sein
			neu	15.000	0	15.000	0	0	0	0	
			Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	0	
			PIUA FPA								anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung geht von einem Betrag von 30.000 € für Planungskosten für die Auftragung eines Ingenieurbüros aus. abgelehnt 2/11/0 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
86	3E.61 NEU	Kleine-Dörfer-Weg / Planung	CDU								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 in Höhe von 50.000 € für die Planung des Kleine-Dörfer-Weges; als Basis dienen die Vorplanungen, die in der entsprechenden fachlichen Arbeitsgruppe erstellt wurden; die so entstandenen Planungen sollen Grundlage für eine spätere Umsetzung sein
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	
			PIUA	50.000	0	50.000	0	0	0	0	angenommen 12/0/1
			FPA	<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>50.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
<hr/>											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
	5E.61 NEU	Spielplatz Biberweg /Planung und Errichtung	SB 321								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 für die Planung und Errichtung eines Spielplatzes am Biberweg (auf dem ehemaligen Schulgrundstück) im Bereich zwischen der geplanten Flüchtlingsunterkunft und der vorhandenen Wohnbebauung
			neu	100.000	0	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	0	
			PIUA	100.000	0	100.000	0	0	0	0	ohne Beschlussfassung passieren lassen abgelehnt 1/9/3
			FPA								

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr											
Umgestaltung Thiedestraße											
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
	5E.660099	Thiedestraße / Umgestaltung	SB 224	bisher neu	1.000.000 1.000.000	0 0	0 0	0 1.000.000	0 0	1.000.000 0	Vorziehen der Haushaltsmittel für die Umgestaltung "Thiedestraße" vom Jahr 2021 auf das Jahr 2019
				Veränderung		0	0	0	1.000.000	0	-1.000.000
				BA FPA							Anmerkung der Verwaltung: Die Dringlichkeit des straßenausbaubeitragspflichtigen vollständigen Umbaus der Thiedestraße ist aktuell nicht gegeben. Die dem Antrag zugrunde liegende Intention der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse kann in Teilen durch punktuelle Maßnahmen (z.B. Querungshilfen) erreicht werden. abgelehnt 4/4/2 abgelehnt **)
20 Beiträge (Veränderungen)											
	5E.660099	Thiedestraße / Umgestaltung	SB 224	bisher neu	3.000.000 3.000.000	0 0	0 0	0 3.000.000	0 0	3.000.000 0	Vorziehen der Haushaltsmittel für die Umgestaltung "Thiedestraße" vom Jahr 2021 auf das Jahr 2019
				Veränderung		0	0	0	3.000.000	0	-3.000.000
				BA FPA							Anmerkung der Verwaltung: Die Dringlichkeit des straßenausbaubeitragspflichtigen vollständigen Umbaus der Thiedestraße ist aktuell nicht gegeben. Die dem Antrag zugrunde liegende Intention der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse kann in Teilen durch punktuelle Maßnahmen (z.B. Querungshilfen) erreicht werden. abgelehnt 4/4/2 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
	5E.660099 Thiedestraße / Umgestaltung	SB 224	bisher neu	7.500.000 7.500.000	0 0	0 0	0 7.500.000	0 0	0 -7.500.000	7.500.000 0	Vorziehen der Haushaltssmittel für die Umgestaltung "Thiedestraße" vom Jahr 2021 auf das Jahr 2019
			Veränderung	0		0	0	7.500.000	0	-7.500.000	
				BA FPA							Anmerkung der Verwaltung: Die Dringlichkeit des straßenausbaubeitragspflichtigen vollständigen Umbaus der Thiedestraße ist aktuell nicht gegeben. Die dem Antrag zugrunde liegende Intention der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse kann in Teilen durch punktuelle Maßnahmen (z.B. Querungshilfen) erreicht werden.
											abgelehnt 4/4/2 abgelehnt **)

Straßenmaßnahmen "Im Ganderhals"

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0	
	3E.66 NEU Straße "Im Ganderhals" /Planung d. Umgestaltung	SB 221	bisher neu	0 50.000	0 0	0 50.000	0 0	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Planungsmittel für 2017 in Höhe von 50.000 € für die Umgestaltung des Ganderhalses
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein inhaltlich identischer Antrag des SB 310 vor.
				BA FPA	50.000	0	50.000	0	0	0	0 ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Der Antrag wird mit Hinweis auf die Beratung im Planungs- und Umweltausschuss (siehe auch Vorlage 16-01405 - Anbindung der IGS Weststadt an Lamme - Im Ganderhals) als erledigt erklärt. Beschluss: 12/0/1

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	3E.66 NEU	Straße "Im Ganderhals" /Planung Verkehrssicherheit	SB 310	bisher neu	0 50.000	0 0	0 50.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Planungsmittel für 2017 in Höhe von 50.000 € für die Schaffung der "Verkehrssicherheit/Verkehrsberuhigung" auf der Straße Im Ganderhals
<hr/>											
			Veränderung		50.000		50.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein inhaltlich identischer Antrag des SB 221 vor.
			BA FPA		50.000	0	50.000	0	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Der Antrag wird mit Hinweis auf die Beratung im Planungs- und Umweltausschuss (siehe auch Vorlage 16-01405 - Anbindung der IGS Weststadt an Lamme - Im Ganderhals) als erledigt erklärt. Beschluss: 12/0/1
<hr/>											
sonstige Maßnahmen des TH 66											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				50.000	50.000	0	0	0	0	0	
<hr/>											
	3E.66 NEU	Bushaltestelle IGS Volkmarode / Planung Umbau	SB 114	bisher neu	0 15.000	0 0	0 15.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von ca. 15.000 € für 2017 für die Planung des Umbaus der Bushaltestelle an der IGS Volkmarode (inkl. Der Zu- und Abfahrten an der IGS Volkmarode)
			Veränderung		15.000		15.000	0	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Zum FPA soll die Verwaltung klären, wie hoch die Ausführungskosten sein könnten und ab wann die Maßnahme realisiert werden könnte.
			SchA		15.000	0	15.000	0	0	0	angenommen 6/3/1
			BA FPA		15.000	0	15.000	0	0	0	abgelehnt 4/7/1
<hr/>											
	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 120	bisher neu	17.749.400 17.769.400	12.540.000 12.540.000	1.222.100 1.242.100	1.329.100 1.329.100	1.329.100 1.329.100	1.329.100 1.329.100	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 in Höhe von 20.000 € für Maßnahmen der Schulwegsicherung im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet
			Veränderung		20.000		20.000	0	0	0	abgelehnt 2/7/1 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 213		bisher 17.749.400	12.540.000	1.222.100	1.329.100	1.329.100	1.329.100	0
					neu 17.959.400	12.540.000	1.432.100	1.329.100	1.329.100	1.329.100	0
					Veränderung	210.000	210.000	0	0	0	0
											Anmerkung der Verwaltung: alte Anmerkung: Die Ermittlung der Kosten für die Sanierung des Radweges entlang des Möncheweges (zwischen Alte Kirchstraße und Engelsstraße) bedarf grundsätzlich einer Planung und diverser Voruntersuchungen (Baugrunderkundung, Ermittlung der Schadensursache, Feststellung der Leitungslagen, Klärung der Eigentumsverhältnisse, abfalltechnische Untersuchungen, etc.). Nur in Kenntnis aller relevanten Daten ist eine qualifizierte Kostenauksunft und die Aussage, ob sich das gewünschte Bauvorhaben realisieren lässt (Erhaltung der straßenbegleitenden Bäume), möglich. Derzeit liegen diese Voraussetzungen nicht vor. Dies vorangestellt, schätzt die Verwaltung die Kosten einer grundhaften Sanierung des Radweges auf 210.000 €, wobei größere Abweichungen möglich sind. neue Anmerkung: Eine Sanierung des Radweges ist aus fachlicher Sicht nur im Bereich Mascherode erforderlich. Die Sanierung dieses Abschnitts erfolgt in 2017 aus Radverkehrsmitteln. Für die Kalkulation der weitergehenden Sanierung liegen keine Grundlagen vor. Die Kosten werden grob auf 150.000 € geschätzt.
											abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)
85	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	CDU		bisher 17.749.400	12.540.000	1.222.100	1.329.100	1.329.100	1.329.100	0
					neu 17.799.400	12.540.000	1.272.100	1.329.100	1.329.100	1.329.100	0
					Veränderung	50.000	50.000	0	0	0	0
											Anmerkung der Verwaltung: Grundsätzlich ist das Aufstellen von zusätzlichen Bänken in der Innenstadt möglich. Die Kosten betragen je Bank ca. 2.500 €.
											angenommen 8/0/2 angenommen **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
125 NEU	4S.660012	FB 66- Programm Radwege/Neubau	BIBS								
			bisher	1.469.816	1.069.816	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Zusätzliche Haushaltssmittel für 2017 in Höhe von 500.000 € zur Umsetzung des Strategischen Ziels "Verbesserung der Verkehrsanbindung Braunschweigs mit der Region und der Erreichbarkeit der Wohn- und Gewerbegebiete bzw. der Innenstadt sowie Optimierung der Verkehrsabläufe zur Sicherstellung bestmöglichster Mobilität mit geringst möglicher Umweltbelastung durch Verbesserung des ÖPNV sowie der Bedingungen für den Rad- und Fußverkehr" (Radverkehr stärken)
			neu	1.969.816	1.069.816	600.000	100.000	100.000	100.000	0	
			Veränderung	500.000		500.000	0	0	0	0	Die Verwaltung soll dieszüglich Vorschläge unterbreiten, wo und in welcher Reihenfolge die ihrer Meinung nach dringlichsten Verbesserungen vorzunehmen sind und legt diese in einer Beschlussvorlage dem Rat zur Entscheidung vor.
											abgelehnt 3/6/0
											abgelehnt **)
			BA FPA								
<hr/>											
	4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 112								
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	Zusätzliche Haushaltssmittel für 2017 für die Planung und Umsetzung des Baus von Fahrradständern für die Haltestellen Lönsweg und Hermann-Blenk-Straße des ÖPNV
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	
			BA FPA								Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung erachtet den Einbau von Fahrradständern an den stadteinwärtigen Haltestellen für zweckmäßig. Unter Berücksichtigung der Platzverhältnisse stehen Flächen für jeweils 3-Stück Fahrradständer an den Haltestellen Lönsweg Nordwest- und Westseite sowie an der Haltestelle Hermann-Blenk-Straße südlich des Kreisels zur Verfügung. Die Kosten pro Fahrradständer inkl. Einbau betragen ca. 200 €. Die Fahrradständer werden aus vorhandenen Haushaltssmitteln finanziert.
											abgelehnt 1/6/3
											abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 112	bisher neu	0 40.000	0 0	0 40.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 für die Anbringung eines Zebrastreifens am Querumer Kreisel Richtung Forststraße Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten für die Ausstattung des Kreisverkehrs mit Zebrastreifen (außer nördlicher Ast) einschließlich Beleuchtung betragen ca. 40.000 € abgelehnt 4/5/1 abgelehnt **)
			BA FPA								
<hr/>											
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			300.000	300.000	0	0	0	0		
	5E.660021	Okerbrücke Leiferde/Neubau	SB 211	bisher neu	2.050.000 2.050.000	250.000 250.000	0 1.800.000	0 0	1.800.000 0	0 0	Vorziehen der Finanzrate 2019 für den Neubau der Okerbrücke Leiferde auf das Jahr 2017; der Neubau der Okerbrücke in Leiferde soll an der gleichen Stelle (+- 50 m) errichtet werden Anmerkung der Verwaltung: Beantragt hat der SB 211 dies unter 5E.660111, allerdings handelt es sich dabei um die Okerbrücke Grund abgelehnt 0/7/3 abgelehnt **)
			BA FPA								

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5E.66 NEU	Radweg zwischen Hondelage und Waggum /Neubau	SB 112	bisher neu	0 0	0 *)	0 0	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 zur Realisierung eines Radweges zwischen Hondelage und Waggum
				Veränderung	0	*)	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Die Kostenschätzung der Verwaltung steht noch aus; im Radwegekonzept 2016 für Landesstraßen hat das Land im vordringlichen Bedarf den Bau eines 3,1 km langen Radweges zwischen Hondelage und Flughafen entlang der L635 eingeplant. Ein Zeitplan zur Realisierung liegt noch nicht vor.
											abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)
	5E.66 NEU	Kreuzung Schapenstraße/Hordorfer Straße/ Errichtung Kreisverkehr	SB 114	bisher neu	0 500.000	0 500.000	0 0	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € zur Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Schapenstraße / Hordorfer Straße in Schapen
				Veränderung	500.000	500.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Es ist kein Planungsrecht vorhanden. Die verfügbaren öffentlichen Flächen reichen nicht aus.
											abgelehnt 0/8/2 abgelehnt **)
	5E.66 NEU	Obergstraße / Sanierung	SB 132	bisher neu	0 265.000	0 265.000	0 0	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel zur Sanierung der Obergstraße (incl. Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen in diesem Bereich)
				Veränderung	265.000	265.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Eine beitragspflichtige Sanierung würde rund 265.000 € kosten.
											abgelehnt 0/8/2 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5E.66 NEU	Mascheroder Weg/Senefelderstr. / Errichtung eines Kreisels	SB 211	bisher neu	0 350.000	0 0	0 350.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 in Höhe von 350.000 € für die Errichtung eines Kreisels an der Kreuzung Senefelderstr./Mascheroder Weg als Minimallösung ohne den Zukauf von Grundstücken; es soll eine möglichst kostengünstige Variante erarbeitet werden
				Veränderung	350.000	350.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Eine Machbarkeitsstudie für die Minimallösung (Minikreisverkehr oder LSA) würde ca. 10.000 € kosten.
				BA FPA							abgelehnt 1/7/2 abgelehnt **)
	5E.66 NEU	Radweg Celler Heerstraße nach Veltendorf /Neubau	SB 321	bisher neu	0 1.000.000	0 0	0 1.000.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel zur Realisierung eines Radweges von der Celler Heerstraße nach Veltendorf
				Veränderung	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Ein 2-Richtungs-Radweg muss mindestens 2,50 m breit sein. Damit würden die Kosten für den Radweg einschließlich der zwei notwendigen Brücken bei ca. 1 Mio. € liegen.
				BA FPA	1.000.000	0	1.000.000	0	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 0/10/3

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5E.66 NEU	Radwege Lehndorf/Watenbüttel und Lehndorf/Lamme /Neubauten	SB 321	bisher neu	0 0	0 *)	0 *)	0 *)	0 *)	0 *)	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 für die Planung und Realisierung von Radwegen zwischen Lehndorf und Watenbüttel (durch das Kanzlerfeld) und zwischen Lehndorf und Lamme (Eichenweg)
				Veränderung	0	*)	*)	*)	*)	*)	Anmerkung der Verwaltung: Die Ermittlung der Kosten bedarf grundsätzlich einer Planung und verschiedener Voruntersuchungen und Klärungen (Baugrunderkundung, abfalltechnische Untersuchung, Leitungsauskünfte, Eigentumsverhältnisse, etc.). Nur in Kenntnis aller kostenrelevanten Daten ist eine qualifizierte Kostenauskunft und die Aussage, ob sich das Bauvorhaben überhaupt realisieren lässt, möglich. Derzeit liegen diese Voraussetzungen nicht vor. - Dies vorausgestellt, schätzt die Verwaltung die Kosten für den Neubau eines Radweges zwischen Lehndorf und Lamme auf 700.000 €. - Die Kosten für einen 2 m breiten Radweg entlang der Straße Wiesental wurden bereits 2009 auf 665.000 € geschätzt. Mittlerweile muss ein 2-Richtungs-Radweg mindestens 2,50 m breit sein, damit liegen die Kosten für den Radweg einschließlich der zwei notwendigen Brücken bei ca. 1.000.000 € - Kosten für eine Radwegverbindung zwischen Lehndorf und Watenbüttel (durch das Kanzlerfeld) können nicht genannt werden, einer dortige Verbindung wurde nie untersucht, eine konkrete Trassenführung ist nicht bekannt.
				BA FPA							abgelehnt 0/7/3 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltsslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
87 neu	5E.66 NEU	Zentraler Omnibusbahnhof / Neubau	CDU	bisher neu	0 2.000.000	0 0	0 100.000	0 1.900.000	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 2 Mio. € für den Ausbau bzw. Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofes am Braunschweiger Hauptbahnhof (2017: 100.000 €; 2018: 1.900.000 €)
				Veränderung	2.000.000		100.000	1.900.000	0	0	
				BA	2.000.000	0	100.000	1.900.000	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
				FPA	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>300.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	Die CDU hat einen aktualisierten Antrag (FWI 087 neu) mit einem Kostenvolumen von 300.000 € für 2017 eingereicht (siehe hierzu auch Mitteilung der Verwaltung DS 17-03778)
											angenommen 11/1/1 in der Form - FWI 087 neu -
	5S.660050	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	SB 112	bisher neu	0 200.000	0 0	0 200.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für 2017 für den Bau einer Ampelanlage an der Bevenroder Str. - Ecke Holzmoor; die Vorrichtungen im Boden für eine Ampelanlage sind bereits vorhanden
				Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten zur Errichtung einer LSA am Knoten Bevenroder Straße / Im Holzmoor werden auf ca. 200.000 € geschätzt.
				BA FPA							abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)
Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			4.000	4.000	0	0	0	0	0	
	4E.67 NEU	Jugendplatz Biberweg /Sanierung und Aufwertung	SB 321	bisher neu	0 20.000	0 0	0 20.000	0 0	0 0	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für 2017 für die Sanierung und Aufwertung des Jugendplatzes am Biberweg in Ölper
				Veränderung	20.000		20.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Um den Jugendplatz aufzuwerten, könnten folgende Maßnahmen umgesetzt werden: Wetterschutz (6.500 €), Rasenregeneration (3.500 €), 3 Sitzgelegenheiten (1.700 €), Zaun zum Biberweg (2.600 €), Zufahrtspoller (700 €), Erweiterung der Skatebordanlage (5.000 €)
				GA FPA	20.000		20.000	0	0	0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 1/8/3

***) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.**

**) Der Antrag wurde in bloß abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen	
<hr/>												
	4S.670007	FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	SB 321	bisher neu	15.304.400 15.304.400	9.294.800 9.294.800	1.352.400 1.352.400	1.452.400 1.452.400	1.552.400 1.552.400	1.652.400 1.652.400	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel, die benötigt werden, um eine auskömmliche Grünpflege im gesamten Stadtbezirk 321 sicherzustellen
				Veränderung		0	*)	*)	*)	*)	0	Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung steht noch aus; die Thematik sollte aus Sicht der Verwaltung gesamtstädtisch betrachtet werden.
				GA FPA							abgelehnt 1/7/1 abgelehnt **)	
<hr/>												
	4S.670007	FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	SB 321	bisher neu	15.304.400 15.327.600	9.294.800 9.294.800	1.352.400 1.361.200	1.452.400 1.457.200	1.552.400 1.557.200	1.652.400 1.657.200	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 zur Aufstellung von zwei Hundetoiletten mit integriertem Tütsenderpfer als Standmodell auf dem Fußweg am Feldrand südlich von der Harnack Straße, Julius Leber Straße und dem von hier abgehenden Spazierweg Richtung Rodedamm sowie 2 weitere im Bereich Mutter-Kind-Spielplatz und Spielplatz an der Stauffenbergstraße
				Veränderung	23.200	0	8.800	4.800	4.800	4.800	0	Die Aufstellung sollte entweder in Höhe der aufgestellten Bänke oder von diesen versetzt auf jeweils halber Strecke entlang des Fußweges erfolgen. Im Anschluss an die Aufstellung könnte überprüft werden, ob sich mit den Hundetoiletten letztlich die Personalkosten für die städtische Hundekotbeseitigung senken lassen. Die Kosten könnten vielleicht aus den Hundesteuererinnahmen gegenfinanziert werden.
				GA FPA							Anmerkung der Verwaltung: Gemäß der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Braunschweig sind Hundehalter verpflichtet, die durch die von ihnen geführten Hunde verursachten Verunreinigungen durch Hundekot unverzüglich zu beseitigen. Zusätzlich wird im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten durch die VHS Arbeit und Beruf Hundekot in Anlagen entfernt, die nicht den Vorgaben der Straßenreinigungssatzung bzw. -verordnung unterliegen und das regelmäßige Reinigen der Wege nicht auf die direkten Anlieger übertragen ist. Für einen Einsatz auf diesen gewidmeten Flächen stehen keine Ressourcen zur Verfügung. Städtisches Personal für die Beseitigung von Hundekot ist daher nicht vorhanden. Insofern lassen sich Personalkosten durch das Aufstellen sogenannter "Hundestationen" nicht senken. Die einmaligen Anschaffungskosten für 4 Stationen betragen 4.000 €; die jährlichen Unterhaltskosten liegen bei 4.800 €.	
											abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	4S.670015	FB 67: Global-Instandhaltung Bestattungswesen	SB 211	bisher neu	1.018.619 1.068.619	678.619 678.619	100.000 150.000	80.000 80.000	80.000 80.000	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für 2017 in Höhe von 50.000 € für die Sanierung der Kapelle am Leiferder Friedhof (z.B. Wände neu streichen); es soll eine Ortsbegehung mit dem Fachbereich Stadtgrün stattfinden
				Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	abgelehnt 0/9/0 abgelehnt **)
				GA FPA							
	4S.670021	FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	SB 321	bisher neu	10.061.800 10.065.800	9.294.800 9.294.800	200.000 204.000	189.000 189.000	189.000 189.000	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für 2017 für die Ertüchtigung des Bolzplatzes Breitscheidstraße im Tiergarten
				Veränderung	4.000		4.000	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung des FB 67: 4.000 € für die Erneuerung der Rasenfläche
				GA FPA	4.000 4.000	0 0	4.000 4.000	0 0	0 0	0 0	angenommen 9/0/0 angenommen **)
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			75.000	75.000	0	0	0	0	
	5E.67 NEU	Friedhof Bevenrode /Planung und Umsetzung WC-Anlage	SB 112	bisher neu	0 0	0 *)	0 *)	0 *)	0 *)	0 *)	Zusätzliche Haushaltssmittel für 2017 bzw. für die Folgejahre für die Planung und die Umsetzung einer WC-Anlage auf dem städt. Friedhof Bevenrode
				Veränderung	0	*)	*)	*)	*)	0	Anmerkung der Verwaltung: Eine qualifizierte Kostenschätzung war auf Grund aufwändiger Recherchen innerhalb der kurzen Bearbeitungszeit nicht möglich. Der FB 67 liefert bis zur Ratssitzung die Kostenschätzung nach.
				GA FPA							abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5E.67 NEU	Friedhof Bienrode /Planung und Umsetzung WC-Anlage	SB 112	bisher neu	0 0	0 *)	0 *)	0 *)	0 *)	0 0	Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 bzw. für die Folgejahre für die Planung und Umsetzung einer WC-Anlage auf dem städt. Friedhof Bienrode
				Veränderung	0	*)	*)	*)	*)	0	Anmerkung der Verwaltung: Der Stadtbezirksrat 112 Wabe-Schunter-Beberbach hat im Jahr 2014 beschlossen, mit den für Hochbaumaßnahmen zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln die Toilette auf dem Friedhof in Bienrode zu sanieren. Die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen (neue Sanitärobjekte, Teilverfliesung der Wände) sind beauftragt und werden voraussichtlich im 1. Quartal 2017 abgeschlossen. Weitergehende Maßnahmen sind aus Sicht der Verwaltung zurzeit nicht sinnvoll und sollten ggf. nach der abgeschlossenen Fortschreibung des Friedhofsrahmenplanes erörtert werden.
				GA FPA							abgelehnt 0/10/0 abgelehnt **)
	5S.670032	FB 67: Global-Bau. Kitas-Betriebsträger	SB 323	bisher neu	379.000 389.500	199.000 199.000	45.000 55.500	45.000 45.000	45.000 45.000	45.000 45.000	Zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung und den Einbau einer Hangrutsche mit seitlichem Aufgang am Hang der "Marienkäfergruppe" der Kita Schunterarche
				Veränderung	10.500	10.500	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung: 10.500 €
				JHA GA FPA							abgelehnt 0/11/3 abgelehnt 1/5/4 abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
	5S.670032	FB 67: Global-Bau. Kitas-Betriebsträger	SB 323	bisher neu	379.000 387.000	199.000 199.000	45.000 53.000	45.000 45.000	45.000 45.000	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für 2017 in Höhe von 8.000 € für weitere Sonnensegel für die Terrassen sowie für ein Sonnensegel zur Beschattung der Sandspielbereiches der Krippenkinder der Kita Schunterarche abgelehnt 0/11/3 abgelehnt 1/5/4 abgelehnt **)
				Veränderung	8.000		8.000	0	0	0	
				JHA GA FPA							
	5S.670032	FB 67: Global-Bau. Kitas-Betriebsträger	SB 323	bisher neu	379.000 399.000	199.000 199.000	45.000 65.000	45.000 45.000	45.000 45.000	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Beschaffung einer Kletter-Rutschen-Kombination für die Kita Schunterarche (z.B. Kosten von 4.500 € zzgl. Frachtkosten und Montage, Fallschutz) Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung des Stadtbezirkes basiert auf einem Spielgerätehersteller für Indoor-Spielgeräte. Da es sich hier um ein Outdoor-Spielgerät handelt, beträgt die Kostenschätzung der Verwaltung : 20.000 €
				Veränderung	20.000		20.000	0	0	0	
				JHA GA FPA							
	5S.670032	FB 67: Global-Bau. Kitas-Betriebsträger	SB 323	bisher neu	379.000 391.500	199.000 199.000	45.000 57.500	45.000 45.000	45.000 45.000	0 0	Zusätzliche Haushaltssmittel für die Erweiterung des vorhandenen Außenspielgerätes an der Kita Schunterarche (Krippe Schunterzwerge) - z. B. kleine Kletterwand Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung: 12.500 €
				Veränderung	12.500		12.500	0	0	0	
				JHA GA FPA							

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
<hr/>											
88	5S.670048	FB 67: Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	CDU	bisher neu	2.190.400 2.265.400	1.308.400 1.308.400	225.000 300.000	207.000 207.000	225.000 225.000	225.000 225.000	0 0
				Veränderung	75.000		75.000	0	0	0	0
				GA	75.000		75.000	0	0	0	0
				FPA	<u>75.000</u>	<u>0</u>	<u>75.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
											Zusätzliche Haushaltsmittel für 2017 in Höhe von 75.000 € für die Schaffung eines weiteren Fitnessparcours im Prinz-Albrecht-Park / am Nußberg
											angenommen 4/1/5 angenommen **)

Veränderungen Erträge (Zeile 10) 0 0 0 0 0

Veränderungen Aufwendungen (Zeile 17) 104.000 0 0 0 0

Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung 104.000 0 0 0 0

Veränderungen Investitionseinzahlungen (Zeilen 19 - 23) 0 0 0 0 0

Veränderungen Investitionsauszahlungen (Zeilen 25-30) 410.000 0 0 0 0

Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung 410.000 0 0 0 0

Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung 514.000 0 0 0 0

nachrichtlich:

Verpflichtungsermächtigungen:	2018	0
	2019	0
	2020	0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10 / 1 / 1

BHH 2016/2017: Top 75-Vorschläge nach Status und Themenbereich

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster
--------------	------------	--------------	-----------------------------	--------------------------	----------------

A) In den Fachausschüssen angenommen bzw. keine FA-Zuständigkeit**A1) Vorschläge, deren Umsetzung die Verwaltung empfiehlt (ggf. unter den in der Beschlussvorlage genannten Einschränkungen)**

6	3587	Bürgerhaushalt beibehalten	FPA (11 / 1 / 1)	eingeschr. Umsetzung empfohlen	Bürgerbeteiligung
10	3557	Ein transparentes Ideen- und Beschwerdemanagement einführen!	FPA (12 / 1 / 0)	eingeschr. Umsetzung empfohlen	Bürgerbeteiligung

A2) Vorschläge, deren Umsetzung die Verwaltung nicht empfiehlt

33	3262	Bürgerbeteiligung stärken!	FPA (2 / 9 / 2)	Ablehnung empfohlen	Bürgerbeteiligung
17	3242	2. Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof errichten	SB 132 (+), BA (+), FPA (2 / 9 / 2)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Abstellmöglichkeiten)
31	3149	Durchgängiges Fahrradnetz in der Innenstadt schaffen	BA (+), FPA (2 / 9 / 2)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Ausbau, Sanierung)
19	3374	50 km/h im Stadtgebiet durch grüne Welle unterstützen	BA (+), FPA (2 / 9 / 2)	Ablehnung empfohlen	Kraftverkehr
27	3421	Mehr Öffentliche Toiletten anbieten	BA (+), FPA (2 / 9 / 2)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sonstiges)
8	3544	Braunschweiger Wasser für Harxbüttel einführen (anstatt aus Gifhorn)	SB 323 (-), FPA (1 / 12 / 0)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges
21	3531	Abhängigkeit von VW reduzieren: Kleine Unternehmen fördern, neue Unternehmen anlocken	FPA (1 / 12 / 0)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster
-------	-----	-------	----------------------	-------------------	---------

A3) Vorschläge, deren Würdigung die Verwaltung unter Berücksichtigung bestehender Prioritäten und Budgets empfiehlt

(Abstimmungsergebnis FPA: 13 / 0 / 0)

5	3521	Mehr Fahrradständer aufstellen	BA (+), FPA (+)	Würdigung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Abstellmöglichkeiten)
7	3117	Mehr Fahrradständer um die Innenstadt und am Bahnhof schaffen	SB 132 (+), BA (+), FPA (+)	Würdigung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Abstellmöglichkeiten)
43	3559	Radfahren und Autoverkehr besser trennen. Mehr Markierungen für Radverkehr aufbringen	BA (+), FPA (+)	Würdigung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Ausbau, Sanierung)
45	3248	Okerwanderweg weiter entwickeln	PIUA (+), FPA (+)	Würdigung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Ausbau, Sanierung)
20	3409	Zugeparkte Radwege stärker kontrollieren und Verstöße ahnden	FPA (+)	Würdigung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sicherheit)
57	3343	Verkehrssicherheit an KiTas, Schulen und Senioreneinrichtungen verbessern	BA (+), FPA (+)	Würdigung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sicherheit)
66	3109	Zebrastreifen vor Abenteuerspielplatz auf der Leipziger Straße in Melverode errichten	SB 212 (-), BA (+), FPA (+)	Würdigung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sicherheit)
69	3567	Beleuchtung der Gehwege zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt verbessern	BA (+), FPA (+)	Würdigung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sonstiges)
1	3373	Baustellen im Stadtgebiet besser koordinieren	BA (+), FPA (+)	Würdigung empfohlen	Kraftverkehr
37	3347	Provisorische Absperrung in der Friedrich-Wilhelm-Straße durch dauerhafte Lösung ersetzen	SB 131 (+), BA (+), FPA (+)	Würdigung empfohlen	Kraftverkehr
22	3574	Entspannungsort mit Sitzplätzen in der Innenstadt schaffen	BA (+), FPA (+)	Würdigung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung, Sitzbänke)
73	3344	Bewusstsein für Mülleimer verbessern	FPA (+)	Würdigung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sauberkeit)
68	3352	Werbeautos, Werbeanhänger und Werbefahrräder aus dem Stadtgebiet verbannen	FPA (+)	Würdigung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sonstiges)
36	3115	Schüler-Fahrkarten bis Klasse 12 bezahlen	SchA (oB), FPA (+)	Würdigung empfohlen	ÖPNV
42	3540	Schülermonatstickets des öffentlichen Nahverkehrs bis Klasse 13 bezahlen	SchA (oB), FPA (+)	Würdigung empfohlen	ÖPNV
59	3379	Freibäder als echte Dienstleistung anbieten	FPA (+)	Würdigung empfohlen	Sonstiges

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster
-------	-----	-------	----------------------	-------------------	---------

B) In den Fachausschüssen abgelehnt (Abstimmungsergebnis FPA: 11 / 1 / 1)

44	3351	Radfahrerfurt am Ruhfäutchenplatz einrichten	SB 131 (+), BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Ausbau, Sanierung)
60	3410	Radverbindung vom Rathaus nach Norden verbessern	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Ausbau, Sanierung)
71	3310	Fahrradweg durch die Innenstadt schaffen	SB 131 (-), BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Ausbau, Sanierung)
75	3359	Durchfahrt Fuß- und Radweg Eisenbütteler Straße ausbessern	SB 310 (oB), BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Ausbau, Sanierung)
25	3186	Radwege im Winter räumen	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Fuß- und Radverkehr (Sicherheit)
4	3370	Ampeln auf kleinen Kreuzungen nachts ausschalten	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Kraftverkehr
16	3150	Stromverschwendungen vermeiden - Ampelanlage Mascheroder Weg Ecke Leipziger Straße nachts abschalten	SB 211 (-), BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Kraftverkehr
35	3537	"Bewegtes Licht": Intelligente Straßenbeleuchtung einführen	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Kraftverkehr
46	3451	Straßenbeleuchtung hinsichtlich Lichtstärke optimieren	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Kraftverkehr
9	3123	Innenstadt an Plätzen mehr begrünen und Bänke aufstellen	SB 131 (+), PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung, Sitzbänke)
12	3118	Mehr Grün in der Innenstadt schaffen	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
38	3219	Schlossplatz begrünen!	SB 131 (-), PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
50	3586	Margeriten, Mohn und Kornblumen aussähen	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Begrünung)
15	3173	Müllbehälter in Parkanlagen mit Deckeln versehen	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sauberkeit)
23	3194	Mehr Abfallbehälter im Sommer in Parkanlagen aufstellen	SB 132 (+), GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sauberkeit)
24	3153	Müllprobleme in der gesamten Stadt beseitigen!	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sauberkeit)
29	3145	Hundekot: Mülleimer und Kotstation am Prinzenpark aufstellen	SB 120 (oB), GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sauberkeit)
49	3315	Mülltonnen mit Deckeln in der Nähe von Imbissbuden nutzen	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sauberkeit)
51	3454	Mehr Papierkörbe für Hundekotbeutel aufstellen oder Standorte optimieren	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sauberkeit)

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster
70	3564	Sperrmüll gemeinnützig verwerten	BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sauberkeit)
26	3422	Mehr Sitzgelegenheiten (Öffentliche Bänke) vor dem Schloß aufstellen	SB 131 (+). BA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sitzbänke)
62	3141	Verweilen an Wasserläufen der Wabe und Mittelriede durch Bänke aufwerten	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sitzbänke)
14	3180	Öffentliche Toiletten in den Parkanlagen schaffen	SB 132 (+). GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sonstiges)
74	3249	"Nette Toilette" einführen	WA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Öffentlicher Raum (Sonstiges)
11	3441	Umsteigezeiten im öffentlichen Nahverkehr und Regionalverkehr verbessern	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	ÖPNV
28	3577	Ticketverkauf in Bussen und Bahnen (ÖPNV) vereinfachen	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	ÖPNV
40	3367	Räder und Rollis in Straßenbahnen mitnehmen können	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	ÖPNV
53	3486	Aufenthaltsqualität an ÖPNV-Haltestellen am Bohlweg, Rathaus verbessern	PIUA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	ÖPNV
30	3266	Park and Ride attraktiver und publik machen	WA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges
56	3439	Öffentlichen Wege und Plätze in städtischen Kleingartenanlagen sanieren	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges
61	3413	Glyphosatfreies Braunschweig - Stadt verzichtet auf Unkrautvernichtungsmittel	GA (-), FPA (-)	Ablehnung empfohlen	Sonstiges

Platz	Nr.	Titel	Beratungs-ergebnisse	Status (nach FPA)	Cluster
-------	-----	-------	----------------------	-------------------	---------

C) Erledigt wegen (vorgesehener) Umsetzung durch die Verwaltung oder anderer Gründe (Abstimmungsergebnis FPA: 13 / 0 / 0)

18	3317	Kapazität vom Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof optimieren	SB 132 (+), AfSG (erl.)	Erledigt	Fuß- und Radverkehr (Abstellmöglichkeiten)
58	3542	Videoüberwachung beim Fahrradparkplatz am Bahnhof einführen		Erledigt	Fuß- und Radverkehr (Abstellmöglichkeiten)
55	3281	Okerbrücke am Ölpersee sanieren	SB 321 (+), BA (erl.)	Erledigt	Fuß- und Radverkehr (Ausbau, Sanierung)
64	3426	"Fahrradschnellweg" von Braunschweig nach Wolfsburg ausbauen	BA (erl.)	Erledigt	Fuß- und Radverkehr (Ausbau, Sanierung)
2	3425	Fahradweg Ringgleis vervollständigen	PIUA (erl.)	Erledigt	Fuß- und Radverkehr (Ringgleis)
3	3294	Ringgleis wie geplant weiterbauen	PIUA (erl.)	Erledigt	Fuß- und Radverkehr (Ringgleis)
52	3142	Ringgleis hinter dem Hauptbahnhof auf dem vorhandenen Weg zur Lindenbergsiedlung fortführen	SB 132 (-), SB 213 (oB), PIUA (erl.)	Erledigt	Fuß- und Radverkehr (Ringgleis)
67	3349	Wegeverbindung westliches Okerufer Höhe Ringgleis ausbauen	PIUA (erl.)	Erledigt	Fuß- und Radverkehr (Ringgleis)
32	3124	Schaltungen der Fahrradampeln überprüfen	BA (erl.)	Erledigt	Kraftverkehr
34	3178	Grünphasen der Ampeln für Fußgänger optimieren	BA (erl.)	Erledigt	Kraftverkehr
54	3169	Durch vernünftige Planungen im Straßenbau Nachbesserungen einsparen	BA (erl.)	Erledigt	Kraftverkehr
63	3503	Hinweisschild "Zentrum" an der Autobahn A2 anbringen	BA (erl.)	Erledigt	Kraftverkehr
72	3458	Auto- und Radverkehr mit Augenmaß und sinnvoll entzerren	BA (erl.)	Erledigt	Kraftverkehr
47	3481	Wöchentliche Leerung der Grünen Tonne auf 1. Mai vorverlegen	BA (erl.)	Erledigt	Öffentlicher Raum (Saubерkeit)
65	3496	Bus-Abfahrtstafeln am Rudolfsplatz anbringen	PIUA (erl.)	Erledigt	ÖPNV
13	3384	Dringendst sozialen Wohnraum schaffen	AfSG (erl.), PIUA (erl.)	Erledigt	Wohnraum
48	3530	Festes Kontingent für den sozialen Wohnungsbau in den Neubaugebieten einführen	PIUA (erl.)	Erledigt	Wohnraum
39	3467	Ausschüttungen der Braunschweigischen Landessparkasse an die Stadt Braunschweig erhöhen		Erledigt	Sonstiges
41	3126	Synergien nutzen in der Verwaltung: Ähnliche Aufgaben zwischen Ämtern delegieren		Erledigt	Sonstiges